

Wöchentlich 70 Pfennig, monatlich 3.- Reichsmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband für Deutschland, Preußen, Saar- und Rheinland, Ostpreußen, Litauen, Ostpreußen 4.50 Reichsmark, für das Abonnement Ausland 5.50 Reichsmark pro Monat.

Der „Vorwärts“ mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Volk und Welt“ sowie den Beilagen „Unterhaltung und Wissen“, „Aus der Welt“, „Frauenstimme“, „Der Kinderfreund“, „Jugend-Vorwärts“ und „Bild in die Welt“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreise:

Die einseitige Nonpareil-zeile 40 Pfennig. Reklam-zeile 5.- Reichsmark. „Kleine Anzeigen“ des Freitagabends Wort 25 Pfennig (außerhalb zwei Freitagabende). Jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stellenangebote des ersten Wort 25 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Weltmarkt Seite 60 Pfennig. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Pfennig.

Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Druckersaal, Berlin SW 68, Linden-straße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 8 1/2 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Redaktion und Verlag: Berlin SW. 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297.

Sonnabend, den 4. September 1926

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin SW. 68, Lindenstr. 3
Vertriebsstellen: Berlin SW 68 - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 63; Distrikts-Vertriebsstelle, Postfach 1000, Berlin SW 68.

Das Programm der Industrie.

Tagung des Reichsverbandes. - Die alten Forderungen an den Staat.

A. S. Dresden, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) Der Reichsverband der deutschen Industrie hat seine diesjährige Tagung auf den Stil einer großen Demonstration zugeschnitten. Nicht weniger als 3000 Teilnehmer füllten den großen Saal des Vereinstreffens bis zum letzten Platz. Auf den blumengeschmückten Tribünen sah man neben dem Vorstand des Verbandes Behördenvertreter in ungewöhnlicher Zahl. Die Tagung wurde mit einem Orgelpräambulum eingeleitet. Herr Moras vom Verband sächsischer Industrieller gab den Ton an, den später der Vorsitzende Geheimrat Duisburg noch stärker zum Klingen brachte, als er seine Rede mit einem starken Appell an die Einigkeit ausklingen ließ.

Unter den Referenten befanden sich der sächsische Wirtschaftsminister Müller, der Sachverständigenrat für die deutsche Industrie betont und der Reichswirtschaftsminister Curtius, der dem Reichsverband für seine verdienstvolle Mitarbeit und seine Unterstützung der Regierung dankte.

Das Programm des Reichsverbandes.

Das große programmatische Referat des Geheimrats Kofft brachte gegenüber der früheren Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie keine wesentlichen neuen Forderungen. Das Referat war aber wiederum darauf zugeschnitten, an die Regierung die Forderung zur Erleichterung der Wirtschaftslage zu richten. Ein Entgegenkommen an die Auffassung der Gewerkschaften kann man wenigstens darin sehen, daß der Reichsverband der deutschen Industrie heute die Erwerbslosenunterstützung als notwendig anerkennt und das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung billigt. Im übrigen stellt er hier in den Mittelpunkt seiner Ausführungen die Forderung, die den Finanzausgleich und die Steuergehalte des Reiches zurückzubringen soll in der Richtung, daß auch das Lohnsteuerfreie Existenzminimum wieder zur Gemeindesteuer herangezogen werden soll.

Der Reichsfinanzminister vor den Industriellen.

Nach der Kritik, die der Referent des Reichsverbandes an die Finanzpolitik des Reiches knüpfte, war es geradezu auffallend, daß der Reichsfinanzminister Reinhold sich vor den Industriellen einen geradezu glänzenden rednerischen Erfolg sichern konnte.

Reichsfinanzminister Dr. Reinhold gedachte zunächst der trostlosen Wirtschaftslage, die das zweite Kabinett Luther bei seinem Amtsantritt vorgefunden habe und führte weiter aus: In den vergangenen Jahren mußte die Sorge um die Stabilisierung und Erhaltung der Valuta in den Vordergrund gestellt werden, so daß 1924 ein zu scharfes Angreifen der Steuerfahne vielleicht berechtigt war. Aber doch trotzdem zu sehen war, wie bei vermindertem Wirtschaft die öffentlichen Kassen sich füllten und diese Steuerpflichten solange aufrecht erhalten wurden, das war wohl gegenüber der deutschen Wirtschaft und damit gegenüber dem Vaterlande ein ganz schwerer Fehler. Die ganzen öffentlichen Gewalten, Reich, Länder und Kommunen breiteten sich mit ihrem Geld in der Privatwirtschaft aus. Überall floß öffentliches Geld hinein, nicht immer zum guten, und der Kreis der öffentlichen Steuerzahler wurde dadurch außerordentlich eingeschränkt. Wir wissen, wie in diesen Jahren die Gemeinden mit den Steuergeldern sich außerordentlich viel Grundbesitz zugelegt haben. Wenn wir die vollständige Statistik darüber sehen, dann werden uns vielleicht die Haare zu Berge stehen. Die Wirtschaft muß sich daran gewöhnen, daß das Reich nicht die Aufgabe hat, Bankier der Wirtschaft zu sein, daß es ein ganz unhörbarer Zustand ist, daß man den gutgeleiteten Betrieben die Steuern abnimmt, um damit schlecht arbeitende und saule Konkurrenten zu stützen.

Wir müssen den Bedarf einschränken auf das Minimum; aber dann müssen wir auch die Verpflichtung des Kredits der Wirtschaft den dazu geschaffenen sachverständigen Instanzen, in erster Linie den Banken, überlassen.

Es erscheint mir für unser Volk, das im Augenblick unendlich hohe Lasten zu tragen hat, ganz falsch, wenn wir auch die Lasten, die wir mit Recht verteilen können auf spätere Zeiten und Generationen, jetzt auch noch zu den unermesslichen unserer Wirtschaft aufbürden.

Ich habe deshalb nach hartem Kampf ein Steuermilderungsprogramm eingebracht und möchte darauf hinweisen, daß erst dieses Programm die gefährlichste und sinnloseste Steuer, die Luxussteuer und damit die Befreiung der deutschen Qualitätsarbeit beseitigt hat. Wenn viele bisher von der Luxussteuer betroffenen Industrien jetzt die belebende Wirkung der Aufhebung dieser Steuer feststellen, so ist das für mich die beste Rechtfertigung. Ähnlich war es mit der Herabsetzung der Fusionssteuer. Erst dadurch haben wir den wirtschaftlich notwendigen Prozeß der Zusammenfassung unserer Industrie nach gesunden Gesichtspunkten ermöglicht. Daß wir weiter in dieser Zeit der Kredit- und Geldnot einen Termin der Vermögenssteuer ausfallen lassen, hat gewiß dazu beigetragen, daß dieses Frühjahr für viele Betriebe erleichtert wurde. Die Ermäßigung der Umsatzsteuer gehörte zu meinem Programm. 350 Millionen, die nicht in die öffentlichen Kassen geflossen sind, sind in der Wirtschaft geblieben, und ihr belebender

Einfluß ist in der Wirtschaft sicher besser gewesen. Wir müssen uns endlich daran gewöhnen, daß wir die Ausgaben anpassen an die Einnahmen.

Der Minister behandelte dann die Fragen der Verwaltungsreform. Es sei bestimmt richtig, so führte der Minister aus, daß in Deutschland den Beamten in den letzten Jahren sehr viel zugemutet worden sei, und daß in einer Zeit der überhasteten Gesehmacherei die Beamenschaft ungeheures geleistet habe. Die Verwaltungsreform müsse noch in diesem Jahre ihrer Lösung zugeführt werden. Eng damit im Zusammenhang stehe der Finanzausgleich. Der Minister sei entschlossen, den Finanzausgleich durchzuführen, sobald die nötigen Unterlagen beschafft worden seien. Die Grundzüge dieses großen Planes müßten in erster Linie darin bestehen, daß die finanzielle Selbstverwaltung der einzelnen Körperschaften, wieder gestärkt würden.

Der Minister kam dann noch auf die Frage der Aufwertung zu sprechen und erklärte, es sei schon mehrfach betont worden, daß im Vordergrund unserer finanzpolitischen Erwägungen die absolute Erhaltung unserer Währung stehe. Vermutlich werde in der nächsten Zeit ein neues Ereignis eintreten, das beweisen werde, wie fest, auch in der ganzen Welt, unsere Währung stehe.

Wir haben durch den Dawes-Plan ganz allmählich an die Stelle der Gewalt und Willkür die Vereinbarungen gesetzt, die auf wirtschaftlichen Erwägungen fußen. Wenn man heute das Abkommen, das der Minister mit dem Reparationsagenten getroffen habe, lese, so müsse man zugeben, daß es für Deutschlands wirtschaftliche und finanzielle Zukunft besser sei, wenn „gentlemen's agreements“ an die Stelle von Noten der Militärkommission träten. Mit voller Loyalität werde er die Verpflichtungen aus dem Dawes-Plan erfüllen, solange die wirtschaftliche Möglichkeit dazu gegeben sei. Daß er aber ebenso für die vernünftige Anpassung an die wirtschaftlichen Notwendigkeiten Deutschlands eintreten werde, sei gewiß. Der Minister erörterte dann im einzelnen das getroffene Abkommen und drückte die Ueberzeugung aus, daß die ganze Welt einmal sich gegen die Dawes-Zahlungen wehren werde.

Wir werden unser Reich durchsetzen zu einer besseren Zukunft und den schweren Weg der Arbeit gehen müssen, der zur Freiheit führt. Ich weiß, daß dieser Weg schwer ist; aber wir müssen, wach politischen Glaubens wir auch sind, gemeinsam den Weg gehen, weil meiner festen Ueberzeugung nach nur am Ende dieses Weges das Ziel steht, zu dem wir alle streben: Der Wiederaufbau unserer Nation, die alte deutsche Größe und die neue deutsche Freiheit“ (Stürmischer, lang anhaltender Beifall; die Versammlung erhebt sich und bringt dem Minister brausende Ovationen dar.)

Die alten Vorschläge!

In der Vorstandssitzung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie in Leipzig wurde folgende Entschliessung angenommen:

„Der Reichsverband der Deutschen Industrie wiederholt nach nochmaliger eingehender Prüfung die Vorschläge, die er im Dezember vorigen Jahres in seiner Denkschrift zur Wirtschafts- und Finanzpolitik vorgetragen hat. Er bedauert, daß selbst denjenigen seiner Anregungen, die nahezu einmütige Billigung sämtlicher Wirtschaftskreise und auch maßgebender Regierungsstellen gefunden haben, nur in ungenügender Maße entsprochen worden ist.“

Insbondere erneuert der Reichsverband seine Forderung einer endgültigen Lösung der Frage des Finanzausgleichs mit dem Endziel, eine Milderung der Steuerlast in Reich, Ländern und Gemeinden als Voraussetzung für die unbedingt notwendige Neubildung von Kapital zu erreichen und der Wirtschaft wieder eine Rentabilität zu sichern.

Der Reichsverband erhebt unter Anerkennung der Notwendigkeit der Fürsorge für die Erwerbsunfähigen und Erwerbsbeschränkten Bedenken gegen eine zu weitgehende Ausgestaltung der sozialen Aufgaben. Er warnt vor der vorzeitigen Verabschiedung eines Arbeitsbeschaffungs- und vor verstärkten Bindungen auf dem Gebiete der Arbeitszeit, die unter mit schweren Reparationsverpflichtungen belastetes Land zur Wettbewerbsunfähigkeit auf den Weltmärkten verurteilen würden.

Unter grundsätzlicher Billigung des Arbeitsbeschaffungsprogramms der Reichsregierung betont der Reichsverband die Notwendigkeit, die Finanzierung unter Ausschluß von Steuererhöhungen oder Erschließung neuer Steuerquellen auf dem Anleihewege zu bewirken. Die auszuführenden Arbeiten müssen sich entweder in absehbarer Zeit rentieren, oder doch die allgemeine Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft zu steigern geeignet sein. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm muß in die normale Entwicklung der deutschen Wirtschaft so eingegliedert werden, daß Störungen durch Rastierung von Aufträgen unterbleiben.

An die übrigen Wirtschaftskreise richtet der Reichsverband die Bitte, sich seinen im Gesamtinteresse der deutschen Wirtschaft liegenden Vorschlägen anzuschließen und gemeinsam mit ihm die Aegierung um beschleunigte Durchführung der in der damaligen Denkschrift niedergelegten und jetzt von neuem vertretenen Vorschläge zu bitten.“

Der Schwindel mit der Lira.

Faschistische Finanzkünste.

Der italienische Finanzminister Bolpi ist ein Glückspilz. Er darf nicht nur die italienischen Finanzen regieren, er hat seine Hand gleichzeitig in einer großen Anzahl bedeutender industrieller Unternehmungen, ja sogar in einem der größten Kreditinstitute, der „Banca Commerciale Italiana“ in Mailand. Außerdem ist er Besitzer der offiziellen Agentur Stefani, die es ihm ermöglicht, sich im Auslande eine ausgezeichnete Presse zu verschaffen, die die Meldungen und Informationen der Agentur Stefani fast mit verbundenen Augen hinnimmt. Das läßt sich Herr Bolpi allerdings auch einiges kosten. Hat er doch Hunderte von Millionen Lire für Propaganda im Auslande in den Staatshaushalt eingestellt.

Wie sieht es aber um die Finanzverwaltung dieses Glückspilzes Bolpi und damit um die Finanzen des italienischen Staates in Wirklichkeit aus?

Man hat die Lage des Budgets schön gefärbt, man hat große Summen zur Aufrechterhaltung des Wechselkurses ausgelegt, große öffentliche Arbeiten ausgeschrieben, um einen Wohlstand vorzutäuschen, und man hat die Industrie mittels der Banken zu den gefährlichsten Spekulationen verleitet. Trotzdem gilt in unterrichteten Kreisen die Lage der italienischen Finanzen als äußerst bedenklich.

Mussolini, der keine Ahnung von den wirtschaftlichen Erscheinungen und den finanziellen Tatsachen hat, erklärte zwar im Augenblick seiner Machtbesteigung feierlichst, er werde in kurzer Zeit die Lira auf einen Stand von 50 Goldcentesimi bringen. Aber seit dem Eintritt des faschistischen Regimes hat die Lira nicht aufgehört zu sinken.

Unter dem Ministerium Ritti stand das Pfund Sterling im ersten Halbjahr 1919 auf 50,08, im ersten Halbjahr 1920 auf 69,73, unter dem Ministerium Giolitti im zweiten Halbjahr 1920 durchschnittlich auf 85,55 und im ersten Halbjahr 1921 auf 92. Im zweiten Halbjahr 1922, das dem Marsche des Faschismus auf Rom vorausging, stand das Pfund auf 99,61. Mussolini machte sich also anheischig, es im Handumdrehen auf den Stand von 50 zurückzubringen. Aber seit die faschistische Regierung das Heft in Händen hat, ist das Pfund dauernd gestiegen; im Augenblick steht es auf 145.

Die einsichtsvollsten italienischen Industriellen und Bankiers stellen das Horoskop, daß die Lira, sobald die zu ihrer künstlichen Aufrechterhaltung bereitgestellten Mittel erschöpft sind, das heißt wahrscheinlich nach wenigen Monaten, bald den Stand von 250 erreicht haben wird. Ein besonderer Grund für die Gefährdung der Lira liegt darin, daß das Defizit der Handelsbilanz am Ende des laufenden Jahres sich zwischen 10 und 12 Milliarden Lire bewegen und daß die schlechte Ernte zu bedeutenden Käufen zwingen dürfte.

Der Faschismus will den Eindruck einer „großartigen industriellen Entwicklung“ im Lande erwecken. Die italienischen Banken haben unter dem Druck der Regierung eine unverantwortliche Politik getrieben. Man muß sich dabei einmal klar darüber werden, daß das jährliche Sparkapital in Italien nur ein Drittel des französischen beträgt. Im Gegensatz hierzu jedoch sind in Italien 3 bis 4 mal soviel Aktiengesellschaften ins Leben gerufen worden. Infolge dieser unverantwortlichen Politik ist naturgemäß die Zahl der Bankerotte in Italien von beängstigender Höhe. Italien hat im Verhältnis zur Ausdehnung seiner Industrie mehr Bankerotte als jedes andere europäische Land. Absolut genommen hat es sogar mehr Geschäftszusammenbrüche als England, das eine mindestens zehnmal so große Industrie wie Italien besitzt. Der monatliche Durchschnitt der Bankerotte in Italien betrug vor dem Faschismus 297 im Jahre 1922. Seit der Herrschaft des Faschismus liegt er auf 474 im Jahre 1923, 607 im Jahre 1924, 602 im Jahre 1925 und im Januar 1926 betrug er 630. Das ist die letzte Ziffer, die uns augenblicklich zur Verfügung steht. In England betrug derselbe Durchschnitt 451 im Jahre 1923, 428 im Jahre 1924 und 418 im Jahre 1925. Im Monat April des laufenden Jahres wurde er mit 389 festgestellt.

Die italienischen Banken befinden sich in einer sehr bedenklichen Lage, die der Öffentlichkeit noch nicht offenbart worden ist. Von den Industriegesellschaften sind mindestens für 8 Milliarden Industripapiere ausgegeben worden, die der Markt nicht aufgenommen hat. Die italienischen Sparer haben, selbst wenn sie zu zahlen in der Lage wären, keine Reue, diese Aktien zu erwerben. Die „Banca d'Italia“, die nach der Verschmelzung mit der Banca di Napoli und der Banca di Sicilia (ein geheimnisvoller Vorgang übrigens, der auch der Klärung bedarf!) die einzige Emissionsbank Italiens ist, ist mit einer Unmenge fauler Aktien belastet. Die Kurse der Industripapiere an der Börse sind ebenso künstlich wie die Wechselkurse. Wie lange noch wird man sie

überhaupt aufrecht erhalten können? Die Baisse hat sich bereits bemerkbar gemacht, aber schon in der nächsten Zeit dürfte sie in der unerwartetsten Form sich auswirken.

Russolini pflegt, wenn er bemerkt, daß die Dinge schief gehen, die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit durch Ankündigung neuer Pläne und Projekte abzulenken. Und da er die Mittel besitzt, sich in einer gewissen ausländischen Presse Resonanz zu verschaffen, gibt man sich den Anschein, als ob man ihn ernst nähme. Einmal läßt er ankündigen, er werde aus Rom die größte Stadt der Welt machen, eines anderen Tages will er Süditalien über Nacht reich machen; dann wieder haben er und Federzoni die Mafia zerstört, jenes bekannte organisierte Verbrechertum auf Sizilien; aber er vergißt dabei, zu erwähnen, daß diese im Faschismus aufgegangen ist!

Wallstreet hat bis heute ein gewisses Wohlwollen für den italienischen Faschismus an den Tag gelegt. Nur ungenügend unterrichtet, hat sie geglaubt, die faschistische Regierung sei eine „Regierung der Ordnung“. Mussolini hat glauben machen können, er hätte Italien „vor der Revolution errettet“. Die großen Finanzleute neigen bekanntlich zur Reaktion. Die amerikanischen Finanziers haben sich mit den Erklärungen Mussolinis zufrieden gegeben. Jedenfalls haben sie nicht bedacht, daß alle diktatorischen Regierungen immer in Revolution oder Krieg oder beiden zugleich zu enden pflegen. Aber die amerikanische Öffentlichkeit ist einsichtsvoller und misstrauischer gewesen. Sie war sich klar darüber, daß jede dem faschistischen Italien gewährte Anleihe die Unordnung in Europa nur noch erhöhen müsse. Die Morgan-Anleihe für Italien hat daher im amerikanischen Publikum nur eine schlechte Aufnahme gefunden, ihr Kurs an der Börse ist bald auf 89 gesunken!

Nachdem sie in Amerika keine weiteren Anleihen für ihre politischen Zwecke erhalten konnten, fordert Mussolini und Bolpi die italienischen Industriellen auf, für sich selbst Industrieanleihen in Amerika aufzunehmen. Sie verfolgen dabei die Absicht, sich diese Anleihen für die Regierung anzueignen. Mit Herrn Bolpi zusammen erschien als Sendbote Mussolinis Herr Alberto Beneduce, Direktor der Kreditanstalt für gemeinnützige Unternehmen, in Amerika. Tatsächlich haben sie teilweise ihren Zweck erreicht: Für das Weiterfunktionieren der italienischen Industrie sind ihnen verschiedene Anleihen für mehrere Tausende von Dollar bewilligt worden. Nach diesem Erfolge der Sendboten hat aber die faschistische Regierung eine Verordnung herausgegeben — deren Abdruck der Presse verboten war und die in Amerika völlig unbekannt ist — eine Verordnung, durch die der Finanzminister „ermächtigt“ wird, „von der Kreditanstalt für gemeinnützige Unternehmen zu einem vereinbarten Kurs in ausländischer Valuta die von der genannten Anstalt erworbenen Auslandsanleihen aufzukaufen“.

Es ergibt sich also folgendes: Die privaten Unternehmen und die großen italienischen Industriegesellschaften, die Fiat, Edison u. a., die Anleihen in Amerika aufnehmen, erhalten Dollar. Die amerikanischen Bankiers sind des Glaubens, ihre Dollar würden der Entwicklung der italienischen Industrie dienen und diese würde Stahl, Baumwolle, Maschinen usw. vor allem in Amerika kaufen. In Wirklichkeit aber geben die italienischen Industriellen ihre Dollar dem Finanzministerium gegen Papierlire hin. So also gehen die von den italienischen Industriellen in Amerika oder England erworbenen Anleihegelder in die Hände des Staatsschatzes über. Durch sie wird die Währung künstlich aufrechterhalten. Weiterhin hat der faschistische Finanzminister durch sie Bewegungsmittel zur Verfügung, um die von einem Sturz bedrohten Industriepapiere an der Börse zu stützen.

Der Minister Bolpi nimmt also täglich an der Börse eine Reihe von Vorkäufen vor. Wir glauben nicht weit von der

Wahrheit entfernt zu sein, wenn wir versichern, daß der so entstandene Verlust italienischer Staatsmittel bereits eine Milliarde Lire überschritten hat.

Die faschistische Finanzpolitik, die an gewissen Stellen ernst genommen wird, ist nichts als eine Reihe von Ausbeutungen und Abenteuern. Es ist leicht vorzusehen, daß dieses System künstlicher Machenschaften schließlich die verhängnisvollsten Folgen herbeiführen wird. Der Zusammenbruch der faschistischen Finanzen, künstlich hinausgezögert, wird plötzlich und wie mit einem Schlage eintreten.

Dann wird man endlich einsehen, daß der Faschismus Italien mehr Schaden zugefügt hat, als es jeder Barbareneinfall hätte bewirken können.

Helfershelfer der Bacmeistererei. Die Kommunisten lärmen mit.

Der Runderlaß des preussischen Innenministers gegen den Straßenterror gibt dem Berliner Organ des EKKI Anlaß, wieder einmal den Volksgnorn der Roten Frontkämpfer locken zu lassen, soweit diese nicht schon zu den „Agenten der Bourgeoisie“ gehören.

Severing hat angeordnet, daß gegen alle Terrorakte, Ueberfälle und Angriffe in jedem Fall mit Entschlossenheit und Nachdruck einzuschreiten sei. Um zu verhindern, daß bei Demonstrationen Waffen mitgeführt werden, sollen bei Umzügen die Lastkraftwagen usw. durchsucht werden.

Gerade die Kommunisten sollten gegen diese Anordnung am wenigsten erwidern. Denn ihre Vertreter haben doch erst vor kurzem der Berliner Polizei ausdrücklich erklärt, daß sie ein lebhaftes Interesse an der Aufrechterhaltung der Ordnung auf der Straße hätten. Die Presse der Stahlhelm-Parteien spielt überlegen den Lebetüftler. Sie suggeriert den Polizeibeamten, daß der ganze Erlaß sich nur gegen Kommunisten richte. Und die „Rote Fahne“ bereist sich, durch ihr aufgeregtes Geschrei das zu bestätigen.

In Wirklichkeit richtet er sich ebenso gegen jede Gruppe, die Terrorakte begeht, also auch gegen die „Stahlhelmer“, denen in letzter Zeit der Kamm so geschwollen schien, daß sie in offener Auflehnung gegen das Stockverbot ihre Mitglieder aufforderten, trotz allem ihre Eichenheite mitzunehmen.

Polizeibeamte, die den klaren Weisungen des Ministers zuwider die Stahlhelmer und andere Rechtsradikale sich bemäßen lassen, würden zur Verantwortung gezogen werden müssen. Aber die „Rote Fahne“ weiß noch, daß sich der Erlaß gar nicht gegen die Rechtsradikalen richte, daß er nur ein „Kost-Erlaß“ gegen die Proletarier sei! Wenn die Polizeibeamten nun der „Roten Fahne“ glauben sollten, so würde der Erlaß des Ministers tatsächlich nur gegen Kommunisten oder Arbeiterdemonstranten angewandt. Die gegenwärtige Leitung der KPD. hätte dann wieder einmal Recht behalten. Aber auch sie ist nahe daran, in den „Verein der Agenten der Bourgeoisie“ abgehoben zu werden. Und ihre Nachfolger werden dann schon wieder etwas anderes erfinden, um ihre tomische Traditionsrolle nicht zu verlieren.

Der Stahlhelmer als Mordanklister. Das Opfer des Anschlages ermittelt.

Der Chefredakteur der Stahlhelm-Zeitung sieht unter dem Verdacht der Mordanklisterung in Untersuchungshaft in Sieben. Seine Freunde bemühen sich, die Toten zu verdammen. Es wird aber kaum etwas helfen. Denn inzwischen ist das Opfer Jencs Nordverches, der zur Verhaftung des Chauffeurs Schwimg in Raubheim und schließlich zur Festnahme des Stahlhelm-Heinz führte, in Berlin ermittelt worden.

Der angebl. frühere Hauptmann Wagener, der auf Befehl des Stahlhelm-Heinz „umgelegt“ werden sollte, war bei dem Ueberfall nicht ganz getötet worden, wurde später ins Lazarett eingeliefert und ist nach seiner Genesung und Entlassung aus dem

Lazarett verschwunden. Er hielt sich in Berlin verborgen, da er, wie der „Soz. Pressedienst“ meldet, selbst eine Reihe von Vergehungen gegen die Strafgesetze auf dem Kerbholz hatte. Wagener wird voraussichtlich als Zeuge in dem Prozeß gegen Schwimg und Heinz auftreten. Wenn es zum Prozeße kommt, wohlgemerkt. Denn inzwischen werden alle Kräfte der Unterwelt mobil gemacht, um die Aufhebung der Femezusammenhänge, die jetzt auch offiziell mit dem Stahlhelm verknüpft sind, zu verhindern.

Furcht vor der Abrechnung.

Bemühungen um einen Stahlhelmblock in Thüringen.

Weimar, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) Ähnlich wie in Sachsen bemühen sich gewisse reaktionäre Kreise Thüringens, für die nach gut verbürgten Nachrichten noch Anfang Dezember stattfindenden Landtagswahlen eine neue Auflage des Stahlblocks herbeizuführen. In Gotha sind die Ortsgruppen des Altsächsischen Verbandes, des Deutschen Offiziersbundes, des Frontkriegerbundes, des Nationalverbandes Deutscher Offiziere, des Stahlhelm und trotz Wahrung auch des Jungdeutschen Ordens mit der Entschiedenheit herausgetreten, alle nationalen Kreise bei den Landtagswahlen zu einer Einheitsfront zusammenzuschließen, um das „Unglück einer roten Parteiherrschaft, wie wir sie früher gehabt haben, abzuwehren“. Trotzdem ist das Schicksal der „Ordnungsregierung“ in Thüringen besiegelt.

Hitler und Esser unter Meineidsverdacht.

Das Ermittlungsverfahren abgeschlossen.

München, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) Das Ermittlungsverfahren der Münchener Staatsanwaltschaft gegen Hitler und Esser wegen Meineidsverdacht ist jetzt abgeschlossen. Es handelt sich dabei im wesentlichen um die eidlichen Aussagen der beiden völkischen Führer im Lippe-Streicher-Prozeß über die hoch- und landesverräterischen Vorgänge am 1. Mai 1923 in München, wo sich zum erstenmal die bayerische Staatsgewalt und die hitlerischen Kampfbünde in einer militärischen Machtprobe gegenüberstanden. Die Frage, ob der Staatsanwalt jetzt gegen Hitler und Esser Klage wegen Verbrechens des Meineids erheben will, ist noch nicht geklärt. In dem Ermittlungsverfahren wurden von dem Untersuchungsrichter u. a. der Landtagsabgeordnete Genosse Auer und der frühere Innenminister Schwenger vernommen.

Straßenbau zur Arbeitsbeschaffung.

Ausarbeitung eines Zusatzprogramms im Arbeitsministerium.

Augenblicklich wird vom Reichsarbeitsministerium in Verbindung mit den Ländern ein zusätzliches Straßenbauprogramm zur Vermehrung der Arbeitsbeschaffung ausgearbeitet. Am weitesten sind die Vorarbeiten für die Straßenbaupläne in Baden und Lippe; ihnen folgen die preussischen Provinzen Rheinland-Westfalen, Schleswig-Holstein und Hessen-Nassau. Es handelt sich in erster Linie um die Verbesserung und den Bau von Durchgangsstraßen in besonders verkehrsreichen Gegenden. Die Finanzierung des zusätzlichen Straßenbauprogramms ist, soweit die Mittel des Reichs dabei in Frage kommen, für drei Jahre gesichert.

Der gesamte Finanzbedarf für die Reparatur des Straßennetzes im Reich wird auf zwei Milliarden beziffert. Bei der Bedeutung des Straßennetzes für den gesteigerteren Kraftwagennverkehr sollte man nicht zögern, etwas Durchgreifendes zu schaffen. Der Straßenbau setzt eine ganze Reihe von Industrien, Steinindustrien, Leinwandfabriken, Zementwerke, Maschinenfabriken usw. in Bewegung. Ein großes Straßenbauprogramm ist natürlich nur auf dem Wege der Anleihe zu finanzieren.

Gegen die neue Lex Heinze.

Von Hans Würz, Direktor des Dolar-Helene-Krippelheims in Dahlen.

Der Entwurf des Gesetzes zur Bewahrung der Jugend vor Schand- und Schmutzgeschichten ist beschämend blind gegen den überreichen Juchaz Reuertenninns und Einsichten, die wir durch die moderne Psychologie, Pädagogik, Soziologie und Kulturkunde gewonnen haben. Es steht nicht einmal auf der Durchschnittshöhe des Zeitalters, von dem ohnehin das Wort Goethes gilt:

„Zu allen Zeiten sind es nur die Individuen, welche für die Wissenschaft gewirkt, nicht das Zeitalter. Das Zeitalter war's, das den Sokrates durch Gift hinrichtete, das Zeitalter, das Hus verbrannte; die Zeitalter sind sich immer gleich geblieben.“

Wie erst ist ein Gesetz einzuschärfen, das nicht einmal die Durchschnittshöhe in seiner ganzen, jedem reaktionären Einfluß nachgebenden Struktur erreicht? Zur Kritik jugendschädlicher und massenbedrohlicher Veröffentlichungen sind nur erfahrene Träger der praktischen Volkstätigkeit berufen. Vor allem müßten die Erfahrungen und Vorschläge der Jugendzieher, der Jugendchriftenauschüsse, der Lehrervereinigung für Kunstpflege und der Jugendämter weit ausgiebiger beachtet und behördlich beansprucht werden.

Will man allgemeine Gesichtspunkte in die Erörterung ziehen, darf man den besonderen Charakter unserer Uebergangszeit nicht unberücksichtigt lassen. Niemand weiß, welche Aufgaben unsere Nation in den nächsten Jahrzehnten zu lösen hat, welche Kräfte und Fähigkeiten gerufen werden. Wir wissen nur so viel, daß ein so erschüttertes und gefährdetes Land wie Deutschland sich in allen seinen Gliedern aufs alleräußerste wachhalten muß für die konkrete Wirklichkeit.

Dazu bedarf es kritischer Augen und charaktervoller Wahrheitsbekenner, die unerschrocken die jeweilige Kulturlage dem Volke melden.

Alles Reusehen und Schürfersehen beginnt immer in den einzelnen Bahnbrechern, die anders sehen als die allgemeinen Instanzen, denen daher nicht die Befugnis gegeben werden darf, den Urteilen schöpferischer Vorkämpfer durch ein bevormundendes Gesetz im Stile der Lex Heinze vorzugreifen. Wir haben nur dann ein Recht auf die Pflege der Kultur, wenn wir uns dadurch die ganze Verantwortlichkeit der Einstellungen und Wertungen geben, welche die deutsche Neuorientierung fordert.

Jeder Volksgenosse darf als verantwortungsvoller Staatsbürger für sich in Anspruch nehmen, was Goethe als Menschenrecht bezeichnete: eine lebendige Heuristik, ein ewig neues Suchen und Finden der Gesetze, die das Leben schützen und regeln. Wir bedürfen dieser lebendigen Heuristik, der aller Kulturfortschritt entquillt, heute mehr denn je, und gerade die freien Schriftsteller und Künstler waren zu allen Zeiten die Auffinder neuer Wege

zu neuen Quellen kultureller Kraft. Wurden nicht hervorragendste Werke der Kultur, wie das Evangelium, die Schriften Luthers und Giordano Brunos, die „Grasbalme“ Walt Whitmans von allgemeinen Instanzen ihrer Zeit als „Skandalon“ empfunden und als destruktive Schmutzgeschichten verurteilt? Wo ist denn heute der unbestreitbare Maßstab für die Lebensrichtbarkeit eines Wertes, die gerade oft in äußerlich anstößigen Formen zur Wirksamkeit durchdringt, zumal es dem neuschöpferischen Geiste unendlich erschwerer wird, in der Unmenge der Veröffentlichungen entdekt zu werden? Für die Unschädlichmachung einer ausgesprochenen Sudelschrift sind schon jetzt gesetzliche Handhaben genug geboten. Wir brauchen kein neues hinterhältiges Urteilsablenkungsgeß in dieser problemschwangeren Zeit. Die Volksseele verschlammte gerade dann, wenn man die Hebe- und Saugbagger kritischen Schrifttums dort nicht gelten läßt, wo der Strom des Geistesausflusses sich mit dem Meere der großen Weltprobleme vermischt.

Dem deutschen Geist hilft man am besten durch positive Förderung der wirtschaftlich schwerbedrohten produktiven Kräfte unseres Volkes und durch eine Erziehung des Geschmacks. Gestiftung kann man durch äußere Gebote und Verbote weder schaffen noch regeln.

Am Grabe von Jean Jaurès.

Paris hat viele Nationalheiligtümer. Sie sind genau wie bei uns im Führer mit zwei Kreuzen versehen. Da ist der Triumphbogen, auf dem alle siegreichen Schlachten wohlkonserviert sind. Die Schlachten des Weltkrieges fehlen. Der „große Krieg“ ist für Demonstrationen einer lächerlichen Eitelkeit zu ernst. Hier ruht ein unbekannter Soldat, der für sein Vaterland gestorben ist — das ist die große Sinfonie des Krieges, vor der alle Siegesfanfaren zu schweigen haben.

Da ist der Invalidendom mit dem Grabe Napoleons, an dem die Nationalisten Kränze niederlegen. Da ist schließlich das Pantheon. „Seinen großen Männern das dankbare Vaterland“, steht in goldenen Lettern über der Stirnseite. Sechs Säulen tragen den mächtigen Bau. Am Eingang sitzen drei Wächter, denen über dem Ernst und der Wichtigkeit ihres Postens große Schnauzbärte gewachsen sind. Wie altpreussische Feldwebel sehen sie aus. Wir zahlen 250 Franken und haben dafür die Erlaubnis, die Schlachtenbilder im Innern zu betrachten, die genau so aussehen wie die in Deutschland. Nur die Front ist gewechselt. Es lebe die Internationale des Risses!

Der Eingang zu den Grabkammern ist noch geschlossen. Einer der Feldwebel tritt an uns heran und bedeutet uns, daß er uns für eine Extravergütung von 10 Franken zu den Gräbern führen wolle. Wir brauchten dann nicht mit der allgemeinen Führung zu gehen. Das Angebot ist verführerisch. — Nein... wir nehmen es nicht an. Wir wollen nichts vor anderen Menschen voraushaben, wenn wir zu Jean Jaurès gehen. Wir schließen uns der allgemeinen Führung an.

Kalte Luft haucht uns entgegen. Wir steigen zu den großen Männern Frankreichs hinab. Schon hat die geschäftsmäßige

Führung begonnen: Hier ist das Grab von Lazare Carnot, gehören am... gestorben am... übergeführt in Pantheon am... usw. Wir gehen am Grabe der großen Wegbereiter der französischen Revolution vorbei. Aus Rousseaus Grab greift eine Hand, die eine Fackel hält. Dem Andenken Voltaires schuf die Nationalversammlung 1791 einen Sarkophag, in strenger Klassik gehalten. Neben Generalen haben Victor Hugo und Emile Zola ihre letzte Ruhestätte.

Wir stehen vor dem Grabe von Jean Jaurès, der nun auch zu den großen Männern Frankreichs zählt. Im Herzen des französischen Volkes war er schon längst ein Großer. Die Arbeiterkraft der ganzen Welt kennt seinen Namen, wie man den Namen Napoleons kennt. Nun hat ihn auch das offizielle Frankreich zu den Großen gereicht. Im Totenhaus trübseliger Generale schlummert der Held und Märtyrer des Friedens. Ein Kranz mit roter Schleiße deckt den Stein.

Zwei Tage in Paris werden der Erinnerung lebendig: Krieg ballt sich zusammen; schon zuden keine Blüte. „Gebt Raum dem Hof und zerklüftet die Liebe! Der erste Blitz trifft Jean Jaurès.“

Die französische Arbeiterkraft feiert. Ihr großer Freund wird ins Pantheon übergeführt. Einen solchen Tag hat Paris noch nicht gesehen. Immer neue Scharen quellen aus den Seitenstraßen heraus, um sich dem großen Zug anzuschließen. „Krieg dem Kriege!“ Albert Ansmann.

Das Sündenregister des Maharadscha. Aus Bombay kommt die Kunde, daß die empörten Untertanen des Maharadscha von Indor, einem kleinen Fürstentum von 250 000 Seelen, der britischen Regierung eine Anklageschrift überreicht haben, die ihren Herrn und Gebieter einer langen Reihe von Mißtaten beschuldigt. Die wichtigsten Punkte der Anklage gegen den Maharadscha von Indor bestehen darin, daß er über seinem lieblichen Leben die Staatsgeschäfte vernachlässigt, und daß er auf alle mögliche Art seinen Beutel zu füllen suche, ohne sich darum zu kümmern, woher das Geld kommt. Keine Frau sei mehr vor ihm sicher, und alle Augenblicke falle eine dem Völkchen und seinen würdigen Kumpanen zum Opfer; ja, was das Schlimmste sei, der Maharadscha scheue sich nicht, den heiligen Tempel durch seine Dirnen schänden zu lassen. Die Anklagen werden durch das Zeugnis von drei Priestern gestützt, die erklären, daß sich der Maharadscha erst kürzlich wieder mit zwanzig Freunden und Frauen in einen Tempel begeben habe, um dort eine wüste Orgie zu feiern, deren Einzelheiten nicht wiederzugeben seien.

Einem Hermann-Löns-Wend veranstaltet am Sonnabend, abends 8 Uhr im Lehrervereinshaus am Alexanderplatz die Literarische Vereinigung des Berliner Lehrervereins, Frau Else Beyer spricht Proben aus den Werken des Dichters.

Mannequins mit Masten. Die letzte Reueigelt bei Londoner Modevorführungen ist das Auftreten von maskierten Mannequins. Die Modehäuser vertragen bisher nicht, was sie zu dieser Reueierung veranlaßt hat, und man ist also am Vermutungen angewiesen. Entweder glaubt man, daß zu jedem Kleid ein bestimmter Gesichtstyp gehört, der zurecht gemacht wird, wenn man ihn nicht lebend vorfindet, oder der Mannequin-Deut wird jetzt teilweise von Namen der Gesellschaft ausgeübt, die nicht erkannt werden wollen.

Berichtigung. In dem gefrigen Theaterbericht über „Androsalus und der Löwe“ ist ein Satzfehler enthalten. Es muß heißen: Demofila ist ein wilder Kraftüber Herodias, der das Christentum auf seine robuste Art ausfaßt, Hans Draufgewetter ein lieber, jugendlicher, gutbürgerlicher Hauptmann.

Danziger Finanzsanierung.

Im Volkstag gegen die Deutschnationalen beschlossen

Danzig, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) Das seit Wochen schwer umkämpfte Sanierungswerk ist am Freitag im Volkstag endgültig zustande gekommen. Damit haben auch die innerpolitischen Auseinandersetzungen, die den Fortbestand der jetzigen Regierungskoalition der bürgerlichen Mitte mit den Sozialdemokraten gefährdeten, vorläufig ihren Abschluß gefunden. Die in der Hauptsache von der Sozialdemokratie betriebene Sanierung ist vom Finanzausschuß des Völkerbundes zur Voraussetzung für die Empfehlung ihrer größeren Anleihe gemacht worden. Danzigs Staatshaushalt weist einen Fehlbetrag von 16 Millionen Gulden auf, der in der Hauptsache durch eine Minderung der Zolleinnahmen infolge des Rückgangs des polnischen Flots entstanden ist. Ueber die Erhöhung des Danziger Anteils an den Zöllen wird mit Polen verhandelt.

Der Finanzausschuß des Völkerbundes forderte von Danzig eine Ersparnis von 10 Millionen Gulden. Sie soll erzielt werden durch eine Einschränkung des von der früheren deutsch-nationalen Regierung unnötig aufgeblihten Beamtenapparats. Bei den Beamtengehältern, die im Gesamthaushalt von 117 Millionen allein 46 Millionen ausmachen, sollen 4 Millionen durch Gehaltsabbau gespart werden. Die Bürgerlichen hatten auch eine Kürzung der Erwerbslosenunterstützung gefordert. Diese Forderung konnte die Sozialdemokratie vereiteln. Dafür wird eine Notabgabe vom Arbeitsverdienst von je 1 Proz. für Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingeführt, gleichzeitig als Vorbereitung für eine Erwerbslosenversicherung. Außerdem wird die Einkommensteuer um 3 Proz. erhöht. Für die Bedigten mit mehr als 100 Gulden Monatslohn fällt die soziale Steuerermäßigung fort.

Durch all diese Maßnahmen wird der Etat ins Gleichgewicht gebracht werden. Man erwartet, daß der Völkerbundrat, dem diese Beschlüsse durch eine Danziger Delegation unterbreitet werden, die Gewährung einer Anleihe in Höhe von 60 Millionen Gulden empfehlen wird, die zur Förderung des Danziger Wirtschaftslebens dienen soll.

Die Warschauer Polizeigänger.

Einer soll Berliner Hausbesitzer sein.

Warschau, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) In der Warschauer Presse werden weiter haarsträubende Mißstände an der Warschauer Kriminalpolizei aufgedeckt, die kaum glaublich erscheinen, wären die Angaben nicht so genau und die Gewährsmänner nicht so zuverlässig. Die meisten Vorwürfe richten sich gegen den Kriminalinspektoren Bachrach. Er war seinerzeit beauftragt, einen Kaufmann, der 12000 Dollar veruntreut hatte und nach Rumänien geflohen war, zu verhaften. Er erhielt als Reisepesene 500 Dollar und begab sich nach Rumänien. Anstatt den Betrüger aber zu verhaften, verhalf er ihm zur weiteren Flucht nach Wien, worauf B. nach Warschau zurückkehrte und erklärte, die Verhaftung sei erfolgt, die Auslieferung müsse auf diplomatischem Wege erreicht werden. Ein anderer Kaufmann hatte seine Gläubiger durch Wechsel um 100000 Dollar geschädigt. Die Kriminalpolizei lehnte eine Verhaftung ab, da es sich um eine „zivilrechtliche“ Angelegenheit handle. Dem Kaufmann gelang es, zu entfliehen; er fuhr über Hamburg nach Amerika. Jetzt stellt sich heraus, daß Bachrach es war, der den betrügerischen Kaufmann auf seiner Fahrt bis Hamburg begleitete und ihm zur Flucht verholfen hat.

Gegen einen Freund Bachrachs, den Kriminalkommissar Kuratowski, wird der Vorwurf erhoben, daß er in Berlin, Maxbachufer 237 und Wagnersmünder Straße 39, drei Häuser auf seinen Namen und den seiner Frau überschreiben ließ. Ueber die näheren Einzelheiten dieser Hauswerbungen werden weitere Enthüllungen angefündigt.

Kommunistenverfolgung.

Warschau, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) In der Nacht zum Freitag wurde in Warschau eine kommunistische Geheimdruckerei entdeckt, die seit einiger Zeit ganz Polen mit kommunistischen Broschüren versorgte. Die Polizei will dahinter gekommen sein, daß die Druckerei in enger Verbindung mit den Sejm-Abgeordneten der Unabhängigen Bauernpartei, Ballin, Wojewoiti und Schapiro gestanden habe. Der Staatsanwalt beabsichtigt, vom Parlament die Auslieferung der drei Abgeordneten zu verlangen. Am Donnerstag sind in Warschau etwa 100 Personen unter dem Verdacht der Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei verhaftet worden. (Die kommunistische Partei als solche ist in Polen so gut wie verboten, jede legale Tätigkeit verwehrt man ihr. Red. d. B.)

Auch Kondylis findet Opposition.

Bei den Wenigsten.

Athen, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) In Griechenland beginnt es wieder langsam zu gären. Alte Feindschaften flackern wieder auf und machen sich geltend durch scharfe öffentliche Auseinandersetzungen zwischen dem Ministerpräsidenten Kondylis und dem wenigsten Parteiführer Kassandaris. Unter seiner Führung wird in den letzten Tagen gegen den Ministerpräsidenten mit aller Schärfe der Vorwurf erhoben, daß auch er unter dem Einfluß der militärischen Kreise stehe, die Pangalos beherrscht haben. Ministerpräsident Kondylis antwortete auf diese Angriffe in der Presse, daß die Wenigsten in ihm keinen schwachen Gegner finden werden — und es scheint, als ob diese Gegenläufige eines Tages zu einem neuen Machtkampf führen werden.

Rechtskräftiger Hinauswurf.

Das Okti bestätigt die Ausschüsse aus der KPD.

Moskau, 2. September. (Ost-Express.) Im Präsidium der Exekutive der Komintern wurde ein Bericht über die Lage in der kommunistischen Partei Deutschlands erstattet. Das Präsidium bestätigte einstimmig den Beschluß über die Ausschließung der Ruth Fischer und Kaslow aus der Partei und billigte die taktische Linie des Zentralkomitees der KPD.

Grubenunglück in Nordamerika.

200 Bergarbeiter in Lebensgefahr.

Lamoka (Oklahoma), 3. September. (W.B.) In einer tiefen Grube, deren Belegschaft gewöhnlich mehr als 200 Bergleute beträgt, erfolgte eine Explosion. Ueber die Zahl der Opfer liegen noch keine genauen Meldungen vor. Einige Bergleute konnten sich retten. Andere, die zunächst schwere Brandwunden erlitten haben, wurden von den Rettungsmannschaften herausgebracht. Man fürchtet für das Leben der noch in der Grube befindlichen Bergleute.

Argentinien und der Völkerbund.

Interview mit dem argentinischen Vertreter in Genf.

V. Sch. Genf, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) Die rege Beteiligung Argentinien an den Arbeiten der Studienkommission macht die Frage, ob dieses Land wieder aktiv an den Geschäften des Völkerbundes teilnehmen wird, um so aktueller, als nach dem Austritt Brasiliens es doppelt wünschenswert erscheint, daß sich Argentinien, der zweitgrößte südamerikanische Staat, dem Völkerbund wieder zuwendet. Außerdem kann der von der Studienkommission auf Antrag Uruguays ausgesprochene Wunsch, daß stets drei südamerikanische Staaten im Rat sitzen sollen, nur den Sinn haben, wenn zumindest Argentinien seinen Platz wieder einnehmen würde, den es vor sechs Jahren verlassen hat. Daher fragte ich den Befandten Argentinien in Lissabon, Cantilo, der in der Studienkommission sehr aktiv mitgearbeitet hat, welche Absichten Argentinien gegenüber dem Völkerbund habe. Er gab folgende Antwort: Argentinien hat 1920 den Völkerbund nicht formell verlassen, sondern es hat damals lediglich erklärt, daß es an seinen Arbeiten so lange nicht würde teilnehmen können, als diese Einrichtung jenen Charakter der demokratischen Unvollständigkeit vermissen lasse, der im Sinne seines Vorkämpfers Wilson lag. Der jetzige Präsident der argentinischen Republik, Alvear, hat nun im vergangenen Frühjahr beschlossen, der Einladung des Völkerbunds Folge zu leisten und Vertreter in die Studienkommission zu entsenden. Diesen Entschluß haben übrigens manche Politiker Argentinien getadelt. Nun wird

der bevorstehende Eintritt Deutschlands

in den Völkerbund einen wichtigen Schritt auf dem Wege jener Entwicklung des Völkerbundes darstellen, deren Vorkämpfer wir stets gewesen sind. Dieses Ereignis wird sicher dazu beitragen, die Aufgabe derer zu erleichtern, die unter Führung des Präsidenten Alvear wünschen, daß Argentinien an den Arbeiten des Völkerbundes wieder aktiv teilnehme und zwar in einer Atmosphäre, die eine andere sein wird als 1920. Uebrigens sind die Bande zwischen Buenos Aires und Genf niemals ganz zerfallen gewesen, denn meine Regierung hat nicht nur weiter den Anteil an den Kosten des Völkerbundes getragen, sondern sie hat verschiedene seiner Einladungen angenommen, z. B. zum Institut für geistige Zusammenarbeit, zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz und zuletzt zur Studienkommission, der ich angehörte. Außerdem sind wir seit Anfang Mitglied der Organisation des Internationalen Arbeitsamts.

„Besteht nun die Möglichkeit, daß diese Wiederbeteiligung Argentinien an den ordentlichen Arbeiten des Völkerbundes sich noch auf der jetzt bevorstehenden Tagung der Vollversammlung auf der Grundlage der von der Studienkommission vorgesehene neuen Vereinbarungen vollzieht?“

„Ich kann leider im Augenblick nicht in bestimmter Form auf diese Frage antworten, denn der Präsident Alvear ist durchaus der Auffassung, daß ein Beschluß des argentinischen Kongresses abgewartet werden muß, bevor eine offizielle Delegation zur Völkerbundsversammlung entsandt werden kann. Nun ist zwar gegenwärtig der Kongress in Buenos Aires mit einer sehr ausgiebigen Tagesordnung versammelt, aber ich bezweifle, daß es materiell möglich sein wird, eine Entscheidung so rasch zu treffen, daß Argentinien noch an den Arbeiten dieser Genfer Tagung teilnehmen können. Aber es ist denkbar, daß auf der nächsten Tagung des Völkerbundes die letzten Schwierigkeiten überwunden sein werden, und die argentinische Republik in der Mitte der Völkerbundsversammlung wieder erscheinen wird.“

Zu diesen Ausführungen des argentinischen Vertreters wäre noch zu bemerken, daß es zweifellos der lebhafteste Wunsch der Völkerbundsstaaten und auch besonders Deutschlands ist, das stets zu dem neutralen Argentinien die herzlichsten Beziehungen unterhalten hat, daß diese Hoffnung sich erfülle. Offenbar will man in Buenos Aires den Verlauf der jetzigen Tagung abwarten, bevor man eine endgültige, zumal aus innerpolitischen Gründen stark umstrittene, Entscheidung trifft.

Memel und Mandatsgebiete.

Genf, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Antwort Spaniens ist bis Freitagabend nicht in Genf eingetroffen. Der spanische Vertreter in der Studienkommission, der sonst keinerlei Vollmachten besaß, also auch nicht als spanisches Ratsmitglied in Frage kam, reist von Genf ab.

Der Völkerbundsrat, der den Bericht der Studienkommission auf die Tagesordnung seiner Freitagssitzung gesetzt hatte, vertagt dessen Beratung auf eine spätere Sitzung. Es gelangte dann die Beschwerde des memelländischen Landtags gegen die litauische Regierung zur Verhandlung, ohne daß man auf den materiellen Inhalt einging. Auf Antrag Chamberlains wurde beschlossen, die Frage des Verhandlungsverfahrens, das in einer früheren Sitzung des Rates bereits festgelegt worden war, von einem Juristenausschuß nochmals prüfen zu lassen. Das soll innerhalb 10 Tagen geschehen.

Eine längere Diskussion rief der Bericht des schwedischen Ratsmitgliedes Gen. Undén über die Tätigkeit der Mandatskommission hervor. Es lag ein neuer Fragebogen für die Verwaltungsberichte der Mandatsmächte zur Genehmigung vor, sowie die Anregung, in besonderen Fällen die Beschwerdeführer direkt zu vernehmen. Chamberlain setzte sich dagegen energisch zur Wehr. Er bezeichnete den neuen Fragebogen als viel zu weitgehend und erklärte die

Vernehmung von Eingeborenen durch ein Völkerbundsorgan als geradezu verhängnisvoll.

Schließlich müßte doch klar unterschieden werden, wer die Verantwortung für die Mandatsverwaltung trägt, die Mandatsmächte oder die Mandatskommission. Briand unterstüzte seinen englischen Kollegen, wogegen Vandervelde zu größter Vorsicht in der Behandlung der Mandatsgebiete mahnte. Der Vizepräsident der Mandatskommission verteidigte ganz entschieden deren Auffassung unter Hinweis auf Artikel 22 des Völkerbundsstatutes und ihre fünfjährige Erfahrung. Endlich wurde beschlossen, die Mandatskommission um eine bestimmte Fassung ihrer Anregung zu ersuchen. Ueber den neuen Fragebogen sollen sich die Mandatsregierungen zunächst noch schriftlich äußern können.

Kundgebung an Spanien.

Genf, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) Die Studienkommission hat folgende, von Lord Robert Cecil entworfene und an die Adresse der spanischen Regierung gerichtete Entschlieung gefaßt:

„Die Mitglieder des Prüfungsausschusses richten vor ihrem Auseinandergehen an ihren spanischen Kollegen die Bitte, seiner Regierung den Ausdruck ihrer bestimmten Hoffnung zu übermitteln, daß sie seinen Bemühungen, dem Wunsch der spanischen Regierung soweit entgegenzukommen, als es die Umstände erlauben, eine wohlwollende Würdigung zuteil werden lassen möge.“

Den Ausschluß hat die Schaffung wiederwählbarer Ratsmitglieder empfohlen, die ihre Inhaber in den Stand setzen werden,

solange Mitglieder des Völkerbundsrates zu bleiben, als sie sich des Vertrauens der übrigen Völkerbundsmitglieder erfreuen. Um diesen Ratsmitgliedern den Charakter der Würde und Sicherheit zu verleihen, hat der Ausschuß bestimmt, daß die Qualifizierung für diese Sitze nicht gleichzeitig mit der Erneuerung aller nichtständigen Ratsmitglieder, sondern auf dem Wege einer besonderen Wahlhandlung der Versammlung erfolgen soll. Um ferner zu verhindern, daß eine Periode eintritt, während deren die Länder mit einem gerechten Anspruch auf solche Sitze hinsichtlich ihrer Stellung in Unsicherheit verharren müßten, hat der Ausschuß bestimmt, daß die erste Qualifizierung für diese Ratsitze unmittelbar nach der Ratwahl von 1926 vorgenommen werden soll. Um schließlich zu vermeiden, daß hinsichtlich der Dauer dieser Mandate der Eindruck der Ungewißheit entsteht — ein Punkt, hinsichtlich dessen die spanische Regierung Bedenken geäußert hatte — hat der Ausschuß seinen Antrag, der die Völkerbundsversammlung zur Anordnung einer allgemeinen Rewahl aller nichtständigen Ratsmitglieder ermächtigt, zurückgezogen.

Der Ausschuß hofft, durch diese Bestimmungen zu zeigen, daß die Einmütigkeit von den Ausschußmitgliedern abgegebenen Erklärungen ihres guten Willens gegenüber Spanien keine leeren Worte sind, sondern den unwiderlegbaren Beweis ihrer Absicht darstellen, den spanischen Wünschen soweit entgegenzukommen, als es ihre Pflicht gegenüber einer Organisation zuzieht, an der Spanien bis jetzt in einer so bedeutsamen und ehrenvollen Weise teilgenommen hat.“

Erklärungen des spanischen Außenministers.

San Sebastian, 3. September. (W.B.) Zu den Entscheidungen des Völkerbundsrates erklärte Außenminister Panguas Journalisten: Die Vorschläge des Völkerbundsaußenministers hinsichtlich der ständigen Sitze im Rat waren vorauszusetzen und zwar selbst von denjenigen, die die Entwicklung des Problems außerhalb der Ratskassen verfolgten. Immer bestrebt, eine korrekte Haltung einzunehmen, war die spanische Regierung der Meinung, daß sie die offizielle Antwort auf ihr Gesuch abwarten müsse. Die Regierung ist sehr angenehm berührt von den Bezeugungen der Achtung und Sympathie, die Spanien im Verlauf der Tagung des Ausschusses von den Delegierten aller darin vertretenen Nationen zuteil wurden und insbesondere von den herzlichsten Worten der Vertreter Englands und Italiens an Spanien. Der Rat ist nunmehr zusammengetreten, aber unser Vertreter Quinones de Leon wird entsprechend den Wellungen der spanischen Regierung nicht an seinen Sitzungen teilnehmen. Auf die Frage, ob Spanien aus dem Völkerbund austreten werde, beschränkte sich Minister Panguas auf die Erklärung, der einzuschlagende Weg sei schon von der spanischen Regierung bestimmt, die immer mit dem größten Ernste handele und aufs äußerste bestrebt sei, jeden Anstoß eines Austritts zu vermeiden.

Vorbereitung der deutschen Abordnung.

Am gestrigen Freitag beriet das Reichsaußenministerium mit den Parlamentariern, die der deutschen Abordnung zum Völkerbund angehören. Es wurde festgestellt, daß in die sechs Kommissionen der Völkerbundsversammlung der Außenminister, der Staatssekretär des Auswärtigen und die vier Reichstagsabgeordneten eintreten. Genosse Breitscheid wird Deutschland in der Kommission für humanitäre Fragen (Opiumhandel, Flüchtlingsfürsorge usw.) vertreten.

Die Delegation wird abreisen, sobald in Genf die Aufnahme Deutschlands und die Zuweisung eines ständigen Ratsitzes in allen Instanzen entschieden ist. Das dürfte Mitte der nächsten Woche der Fall sein.

Auch Gertrud Bäumer Delegationsmitglied.

Auf Vorschlag des Reichsinnenministers wurde Frau Ministerialrat Dr. Gertrud Bäumer zum Mitglied der deutschen Delegation ernannt; sie soll besonders an Ausschußberatungen über Kulturpolitik und internationale geistige Zusammenarbeit mitarbeiten.

Das Recht des Saarlandes.

Sozialdemokratische Vertretung in Genf.

Saarbrücken, 3. September. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialdemokratische Saardelegation, bestehend aus den Genossen Landtagsabg. Bey und Bender und Redakteur Braun, wird am Sonnabendabend in Genf eintreffen. Da der Völkerbundrat sich diesmal vor allem mit der Frage des Militärs im Saargebiet beschäftigen wird, die Anwesenheit französischer Truppen im Saargebiet aber weder nach dem Versaillesvertrag noch gar nach dem Abkommen von Locarno irgendeine Berechtigung hat, werden unsere Genossen in Genf den Standpunkt vertreten, daß zur Sicherung des Durchgangsverkehrs weder französisches Militär noch Technische Nothilfe erforderlich ist. Die französischen Bedenken bezüglich der Sicherstellung dieses Verkehrs können am besten dadurch behoben werden, daß zwischen den zuständigen Gewerkschaften und der Regierungskommission des Saargebietes eine Verständigung erfolgt.

Im übrigen haben unsere saarländischen Genossen niemals ein Hehl daraus gemacht und werden es auch diesmal nicht tun, daß sie das Saargebiet als an der Saar, das in der Zeit der Frankeneinwertung erst recht nicht leben und nicht sterben kann, als ein Ding der Unmöglichkeit betrachten. Sie fordern daher, daß alles getan wird, damit dieses Gebiet so rasch wie möglich wieder zu einem offiziellen Bestandteil der deutschen Republik wird.

Verband für europäische Verständigung

Gründungsstagung in Genf.

Genf, 3. September. (W.B.) Hier trat eine Konferenz zusammen, welche den Zweck verfolgt, eine Verständigung und Zusammenarbeit unter den europäischen Nationen herbeizuführen. Es soll ein Verband für europäische Verständigung ins Leben gerufen werden, welcher in enger Zusammenarbeit mit dem Völkerbund arbeiten soll. Hervorragende Politiker aus 18 europäischen Ländern haben ihre Zustimmung zu dem Unternehmen gegeben, für welches sich in Deutschland besonders interessieren: Reichskanzler Dr. Marx, Graf Bernstorff, der Präsident des Reichsgerichts Dr. Simons und der Arbeiterführer Rudolf Wissell, in Frankreich: Kriegsminister Painlevé, Professor Emile Borel und Abg. Barthélemy; in England: der ehemalige Ministerpräsident MacDonald, der Oxford-Universitätsprofessor Gilbert Murray und der ehemalige liberale Unterrichtsminister Fisher.

12 Deutsche stehen vor dem spanischen Kriegsgericht in Melilla (Nordafrika) wegen Verrats militärischer Geheimnisse. Es sollen Hamburger sein.

Der deutsch-völkische Parteitag wurde gestern im Festsaal des Preussischen Landtages eröffnet. Am Sonnabend wird die eigentliche Reichstagung der völkischen Freiheitsbewegung stattfinden.

Tagung der Bergarbeiter-Internationale.

Am 9. September in London.

Am 9. September tritt in London die Exekutive der Bergarbeiter-Internationale zusammen, um zu der Lage im Bergbau Stellung zu nehmen. Von deutscher Seite werden an der Tagung voraussichtlich der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes Hufmann und Dr. Berger teilnehmen.

Buchdrucker reisen nicht nach Berlin.

Die Unternehmer wollen die Löhne abbauen.

Der Verein Berliner Buchdruckereibesitzer schreibt uns: Sie veröffentlichen in Nr. 404 des „Vorwärts“ vom 28. August eine Notiz

„Buchdrucker. Gau Berlin. Vor Reise nach Berlin wird gewarnt. Konditionsannahme in Berlin kann nur durch den Arbeitsnachweis erfolgen, da die Prinzipale sich weigern, den Nachweis zu benutzen, und demselben zum Lohnabdruck gebrauchten wollen. Vor Konditionsannahme sind in allen Fällen Erkundigungen auf dem Gaubureau, Engelauer 24 I, einzuziehen.

Der Gauvorstand“.

die mit den Tatsachen in Widerspruch steht. Der zwischen dem Gau Berlin der Buchdrucker-Gewerkschaft und dem Verein Berliner Buchdruckereibesitzer geführte Schriftwechsel enthält kein Wort davon, daß sich die Prinzipale „weigern“, den Arbeitsnachweis zur Vermittlung von Gehilfen zu benutzen. In dem Schreiben vom 14. August 1926, auf das sich zweifellos die Notiz stützt, hat der Verein Berliner Buchdruckereibesitzer darauf hingewiesen, daß es sich nicht vermeiden lassen wird, daß Buchdruckereibesitzer Personal auch ohne Benutzung des Arbeitsnachweises einstellen, solange die überhöhten Lohnforderungen der auf dem Arbeitsnachweis vorhandenen Gehilfen (Maschinensetzer, Stereotypsetzer) fortbestehen. Der Brief schließt mit der an den Gauvorstand gerichteten Bitte, in bezug auf Lohnforderungen wieder tarifliche Zustände herbeizuführen, da es dann den Arbeitgebern ein Leichtes sein würde, von der Gewerkschaft geäußerten Wünschen hinsichtlich ausschließlicher Benutzung des Arbeitsnachweises nachzukommen. In dem ganzen Schreiben ist mit keinem Gedanken eine Weigerung enthalten.

Zu dieser Berichtigung, die sich eigentlich schon selbst berichtigt, sind folgende Feststellungen zu machen:

Der Verein Berliner Buchdruckereibesitzer hat auf das Schreiben des Vereins Berliner Buchdrucker und Schriftgießer überhaupt nicht geantwortet. Er hat das Schreiben dem Vorsitzenden des Kuratoriums für die Arbeitsnachweise übergeben und dieser Vorsitzende, ein Unternehmervertreter, hat, ohne das Kuratorium einzuberufen, wie es seine Pflicht gewesen wäre, das Schreiben beantwortet.

Was zunächst antwortet der Verein Berliner Buchdruckereibesitzer überhaupt nicht, und dann gibt der Vorsitzende des Kuratoriums eine Antwort, ohne die Arbeitervertreter auch nur zu hören. Ein sonderbares Verfahren, das sich die Unternehmer da erlauben. Sie sollten aus jahrzehntelanger Erfahrung wissen, daß die Organisation der Buchdrucker und Schriftgießer nicht nötig hat und nicht gewillt ist, mit sich Schindluder treiben zu lassen.

Was sagt aber der Brief des Vorsitzenden des Kuratoriums, der Brief, den der Verein Berliner Buchdruckereibesitzer auf dem Wege einer Zeitungsbearbeitung zu seinem eigenen macht? Er sagt ausdrücklich, „daß es sich nicht vermeiden lassen wird, daß Buchdruckereibesitzer Personal auch ohne Benutzung des Arbeitsnachweises einstellen“. Damit wird also ausdrücklich bestätigt, was die Herren Buchdruckereibesitzer berichten möchten.

Und warum wollen die Buchdruckereibesitzer den Arbeitsnachweis nicht benutzen? Weil angeblich die auf dem Arbeitsnachweis vorhandenen Gehilfen „überhöhten Lohnforderungen“ stellen.

Da die Buchdruckereibesitzer verlangen, daß „wieder tarifliche Zustände“ herbeigeführt werden, sei hiernit festgestellt, daß die Buchdruckereibesitzer nichts anderes wollen, als einen versteckten und übrigens tarifwidrigen Lohnabbau durchzuführen. Sie wollen den Grundlohn zum Höchstlohn machen. Darauf läuft der mit so zweifelhaften Mitteln betriebene Versuch der Buchdruckereibesitzer hinaus.

Dazu wird weder der Verband der Buchdrucker und Schriftgießer, noch werden die Gehilfen jemals ihre Hand bieten. Vor Reise nach Berlin wird nach wie vor gewarnt. Konditionsannahme in Berlin kann nach wie vor nur durch den Arbeitsnachweis erfolgen. Das ist der Beschluß des Gauvorstandes, und nach diesem Beschluß und nicht nach den Wünschen der Unternehmer werden die Gehilfen handeln.

Schiedspruch im Streik bei Panzer.

Einstimmig beschloffen.

Gestern fanden auf Veranlassung des Polizeipräsidiums vor dem Schlichtungsausschuss Verhandlungen statt, um den Konflikt beizulegen, der zur Arbeitsniederlegung bei der Panzer A.G. geführt hat. Bekanntlich ist es zur Arbeitsniederlegung gekommen, weil die

Mitglieder des DMV.

Ihr müßt volljährig die Wahlkörperversammlungen besuchen!

Firma diktatorisch und ohne Entschädigung die Gepäckeinnahmen der Kraftfahrer für sich behalten hat.

Auch bei den Verhandlungen, die gestern vor dem Schlichtungsausschuss stattfanden, lehnte die Firma jeden Vergleichsvorschlag ab und weigerte sich auch, selbst einen Vergleichsvorschlag zu machen, es müsse bei dem Abzug bleiben. Nun ist zu bemerken, daß nach Angabe der Kraftwagenführer ihr wöchentlicher Verdienst 21 bis 24 Mark beträgt, nach Angabe der Firma 24 bis 27 Mark, einschließlich der Einnahmen für Gepäcke. Ist es schon rätselhaft, wie Menschen, Familienväter, die für das Leben und die Sicherheit der Fahrgäste verantwortlich sind, bei einem solchen Einkommen existieren können, so zeugt es von einer unerantwortlichen Gewissenlosigkeit und Gewinnsucht dieses in jeder Hinsicht ungenügende Einkommen noch zu fügen.

Der Schlichtungsausschuss hat sich diesen Tatsachen nicht verschließen können und hat einstimmig, sowohl mit den Stimmen der Arbeitgeber- wie der Arbeitnehmerbeisitzer einen Schiedspruch gefällt, monach ein Ausgleich für den Fortfall der Gepäckeinnahmen ein Zuschlag von 10 Prozent auf den Tagesverdienst zu zahlen ist.

In der Begründung heißt es, daß die unbefriedigend niedrigen Löhne der Kraftfahrer, die knapp das Existenzminimum erreichen, nicht nach weiter auf Kosten der Verkehrssicherheit, die im öffentlichen Interesse gelegen ist, vermindert werden dürften.

Die Arbeitervertreter erklärten, diesen Schiedspruch anzunehmen zu wollen. Der Vertreter der Firma dagegen, der mit aller Bestimmtheit vorher seine Ablehnung jedes Vergleichsvorschlages bezeugt hatte, erludete um eine Bedenkzeit von einer Woche, die ihm merkwürdigerweise auch vom Vorsitzenden zugestanden wurde.

Das ist weiter nichts, als ein offenes Verschleppungsmanöver. Der Polizeipräsident hat im Verkehrsinteresse ein Offizialverfahren vor dem Schlichtungsausschuss beantragt. Die Firma Panzer A.G. scheint andere Sorgen zu haben.

Rationalisierung und Lohnabbau.

Bei Frydrowsky und Ullstein.

Am 31. August tagte im „Alexandrinum“ eine Versammlung der in den Schwesterbetrieben Frydrowsky und Ullstein beschäftigten Buchbinder und Buchbinderinnen, um zu der bevorstehenden Verlegung beider Betriebe nach dem im Bau befindlichen neuen Ullstein-Haus Tempelhof Stellung zu nehmen. Die gut besuchte Versammlung nahm zunächst mit großem Interesse ein Referat des Genossen Kurt Heiniß über: „Amerikanische Arbeitsmethoden und das deutsche Unternehmertum“ entgegen.

In der daran anschließenden Aussprache kam zum Ausdruck, daß man sich mit den Ausführenden des Referates einig fühlt. Die Buchbinderzuarbeiterin genannter Betriebe stellt sich technischen Verbesserungen nicht hindernd in den Weg, sondern ist bestrebt, diese nach Kräften zu unterstützen, verlangt aber, daß diese nicht auf Kosten der Belegschaft gemacht werden. Rationalisierung und die dadurch erzielte Produktionssteigerung müsse auch am Wochenschluß aus der Perspektive zu „leben“ sein. Die Absicht

der Firma geht jedoch dahin, einen Teil der im bisherigen Druckereibetrieb beschäftigten Kollegen und Kolleginnen in ihren Bezügen zu schmälern. Folgende Entscheidung gelangte zur Annahme und beendete die vom Zusammengehörigkeitsgefühl getragene imposante Versammlung:

Die Versammelten begrüßen jede technische Entwicklung und sind bestrebt, dieselbe zu unterstützen, in der Erwartung, daß die so erzielte Produktionserhöhung auch ihnen in Gestalt von besseren Lohnverhältnissen zugute kommt. Andererseits werden sie aber auch jeden Versuch, verschlechterte Arbeitsbedingungen zur Einführung zu bringen, mit den ihnen zu Gebote stehenden Mitteln abzuwehren.

Die Betriebsräte beider Betriebe sowie die anwesenden Organisationsvertreter versprachen, in vorstehendem Sinne zu wirken und die Belegschaften nach besten Kräften zu unterstützen.

Zum Streik der Zwischenmeister.

In der Schürzen- und Unterrockkonfektion.

Der Reichsverband des Lohngewerbes der deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie als Spitzenorganisation der Zwischenmeisterverbände hat wegen des Streiks der Zwischenmeister der obengenannten Gruppen des Schlichtungsausschuss zur Vermittlung angerufen. Die Verhandlungen werden voraussichtlich am nächsten Mittwoch stattfinden. Auch das Reichsarbeitsministerium hat sich zur Vermittlung bereit erklärt, da die Gefahr besteht, daß der Streik auf die gesamte Berliner Konfektion übergreifen könnte. Welche schweren wirtschaftlichen Folgen das nach sich ziehen würde, kann man leicht ermeslen, wenn man bedenkt, daß in der gesamten Berliner Konfektion etwa 7000 Zwischenmeister (Lohngewerbetreibende) mit etwa 80 000 Heimarbeitern tätig sind.

Zum Streik selbst ist zu bemerken, daß sich seit dem Streikbeginn am Montag die Zahl der Streikenden bis heute bedeutend erhöht hat. Die stark überfüllte Streikversammlung am Donnerstag zeigte, daß man von einer reiflichen Beteiligung am Streik sprechen kann. Es ist zu erwarten, daß die Schlichtungsinstanzen die Konfektionsfirmen zwingen werden, solche Zuschläge zum Heimarbeitelohn zu zahlen, daß die Zwischenmeister in der Lage sind, ihren Heimarbeitern den vom Fachauschuss festgelegten gesetzlichen Lohn zu zahlen.

Aus dem tariflosen Einzelhandel.

Veranstaltet vom JdM. und vom Verkehrsband fand am Dienstag eine überfüllte Versammlung des kaufmännischen und gewerblichen Personals des Warenhauses Hermann Tietz statt.

In der Versammlung wurde festgestellt, daß auch im Hause Tietz das bei den großen Konkurrenzfirmen Sandorf und Wertheim schon oft gekennzeichnete System einzuführen scheint. Darunter haben besonders die älteren Angestellten zu leiden, zumal die Umsatzzahlen für einzelne Läger ständig erhöht werden und es geradezu unmöglich wird, die von der Firma verlangte Umlaghöhe zu erreichen.

Die Versammelten waren sich einig in der Auffassung, daß diesem System sowie der falschen Lohn- und Gehaltspolitik der Unternehmer des Einzelhandels der schärfste Kampf angelegt werden müsse. Die wichtigste Aufgabe der nächsten Wochen wird die Wiedererringung der alten Löhne und Gehälter sein. Um das zu erreichen, werden die Arbeiter und Angestellten keine Mühe scheuen und sich enger als bisher an die Gewerkschaften anschließen. Einstimmig wurde eine Entschließung angenommen, die den Angestellten- und Arbeiterrat beauftragt, gemeinsam mit dem JdM. und dem Verkehrsband Verhandlungen mit der Firma herbeizuführen und die Forderung der Belegschaft auf Beibehaltung bzw. Wiedereinführung der alten Löhne und Gehaltsätze zu vertreten.

Beendigung des Tarifstreites im Ledergroßhandel.

Wie wir erfahren, ist es im Ledergroßhandel zwischen den Arbeitgeber und den Angestellten zu einer Einigung gekommen. Der Manteltarif wurde von beiden Parteien angenommen, und das bisherige Gehaltsabkommen wird bis zum 30. September verlängert.

Verantwortlich für Politik: Dr. Carl Geort; Wirtschaft: Ernst Gatersmann; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Redaktion: Dr. John Schilowetz; Verlags- und Geschäftsbüro: Fritz Karchhüt; Anzeigen: Th. Glode; sämtlich in Berlin. Verlags- und Geschäftsbüro: G. m. b. H. Berlin. Druck: Verlags- und Geschäftsbüro und Verlagsanstalt Paul Sinauer u. Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Hieran 1 Beilage und „Unterhaltung und Wissen“.

Extra-Angebote...

<p>Damen-Strümpfe prima Strapazierqualitäten, in Farblich und Schwarz</p> <p>95 Pf.</p>	<p>Damen-Strümpfe pa. Kunstseide, m. Doppelp. u. Naht, viele moderne Farben und schwarz</p> <p>1 95</p>	<p>Damen-Nachthemden aus gutem Hemdenstoff, in verschiedenen Ausführungen</p> <p>2 95</p>	<p>Batist-Hemdhozen farbig, mit Spitze reich ausgestattet</p> <p>2 75</p>	<p>Perkal-Oberhemd gefütterte Brust, mit 2 Kragen</p> <p>4 50</p>	<p>Tricoline-Sporthemd farbig, mit 1 Kragen</p> <p>8 75</p>
<p>Damen-Strümpfe prima künstliche Wäsche, in modernen Farben</p> <p>2 95</p>	<p>Kunstseid. Trikot-Schlüpfer in vielen Farben</p> <p>1 65</p>	<p>Küchen-Handtücher weisse Gerstenkorn mit roter Kante, gestickt u. gehänd., ca. 45 x 100 cm</p> <p>48 Pf.</p>	<p>Halbbare Rolltücher gute Qualität, mit Streifenmuster</p> <p>95 Pf.</p>	<p>Schlafanzug in Perkal, mit Verschönerung</p> <p>9 75</p>	<p>Wischtücher weiss, rot und blau kariert, gute Qualität, 37 x 40 u. geb.</p> <p>25 Pf.</p>
<p>Damen-Lack-Stegspangenschuhe neues, weiches Modell mit Pompadour-Abnatz</p> <p>8 90</p>		<p>Leder-Reise- und Hausschuhe mit biegsamer Ledersohle, Größe 36-42</p> <p>2 85</p>		<p>Schwarze u. braune Halbschuhe und schwarze Stiefel für Herren, in verschiedenen guten Qualitäten, u. neuen Form., unsort. Gröben, 12, 10, 11</p> <p>9 50</p>	

Gemeinschafts-Abonnement der ersten Berliner Bühnen ohne jede Vorauszahlung

Das Abonnement umfasst u. a. die Abendvorstellungen folgender Bühnen: Lessing-Theater, Deutsches Künstler-Theater, Lustspielhaus, Theater am Kurfürstendamm, Metropol-Theater, Komische Oper, Kleines Theater, Residenz-Theater, Neues Theater am Zoo u. a. m. - Revue- u. Opernvorstellungen. Jeder Abonnent auf mindestens 2 Plätze erhält als Prämie zweimal zwei Freivorstellungen.

Die ungewöhnlich ermäßigten Abonnementpreise sind pro Platz wie folgt:

Gattung IIIb	1 00	Gattung III	1 50	Gattung II	2 25	Gattung I	3 00
III. und II. Rang ...				Drittel des Park. u. I. Rang		die beid. ersten Drittel des Park. u. I. Rang	

Schwerhörige erhalten als Gattung Ia zu M. 4.- möglichst vordere Plätze (höchstens bis zur 11. Reihe von der Bühne) und gute Logenplätze.

HERMANN TIETZ

Heute Schlußtag unseres Ausstattungs-Verkaufs verbunden mit einer Ausstellung und einem Wettbewerb: „Der Tisch der frohen Stunden“.

Ratten=



Plage.

Die Bekämpfung der Ratten, dieser lästigen Plagegeister, muß immer wieder von neuem erfolgen (wie in den bevorstehenden Herbstmonaten in Berlin), da ihr Auftreten in großer Anzahl von großem Schaden sein kann. Sie sind die Überträger schrecklicher Krankheiten, wie der Trichinose, die allerdings infolge der eingeführten Fleischschau in ihrer Ausbreitung erheblich eingeschränkt ist. Sie sind die Verbreiter der Pest, die im Orient noch jährlich viele Opfer fordert, in unseren Breiten allerdings infolge der günstigeren Wohnungsverhältnisse und sanitären Maßnahmen nur noch selten auftritt. Doch kann durch Ratten die Verbreitung dieser Krankheit, falls sie einmal lokal auftreten sollte, schnell vor sich gehen. Nicht zu vergessen und zu unterschätzen ist der wirtschaftliche Schaden, den sie uns durch Vernichtung von Ernteporräten und Lebensmitteln, durch das Rauben und Zernagen von Haustieren, durch das Untermüllen von Gebäuden zufügen können.

Die Bekämpfung.

Die Bekämpfung der Ratten erfolgt häufig nach den Vorschriften der Polizei und sollte, namentlich bei Verwendung von Giften, überall gleichzeitig erfolgen. Mit unzähligen Mitteln wird gegen die Ratten Krieg geführt. Die Verwendung von Giften erfordert aber Vorsichtsmaßnahmen, da die Ratten vergiftete Broden verschleppen können, auch häufig das Gift wieder ausbrechen und auf diese Weise zufällig Lebensmittel, wie Getreide und Kartoffeln, vergiften können, die dann den Menschen und seinen Haustieren gefährlich werden. Harmloser ist die Verwendung von Fallen und eines Gemüchs von Mais und ungeschältem Kaff, das den Ratten an ihren Lieblingsorten hingelegt wird. Ihr Durstgefühl wird dadurch sehr angeregt und das aufgenommene Wasser verursacht ihren Tod. Die natürlichen Feinde der Ratten sind andere Tiere, wie die Katzen und Raben, das Fiesel und die Katzen, die ihnen auch erfolgreich nachstellen. Manche Katzen allerdings vermeiden es, mit den Ratten anzubändeln, da sie wohl ihr Gebiß fürchten. Auch manche Hundarten, namentlich Terrier und Pinscher, jagen gern Ratten und werden häufig zu diesem Zwecke gehalten.

Die beiden Rattenarten.

In unserem Vaterlande treten zwei Rattenarten auf, die beide gleich gefährlich sind und denen unsere Kriegserklärung gilt. Es ist die kleinere graue Hausratte und die größere, mehr bräunlich gefärbte Wanderratte, welche eine Länge von über 40 Zentimeter, einschließlich ihres Schwanzes, erreichen kann. Erstere soll in Deutschland schon seit langem beheimatet sein, während letztere erst in geschichtlicher Zeit aus dem fernen Osten auf dem Land- und Seewege nach Deutschland gelangt sein soll. Größer und kräftiger als die Hausratte, macht sie auch von ihrer körperlichen Ueberlegenheit ausgiebigen Gebrauch und verdrängt ihre schwächere, eingelebte Verwandte immer mehr, so daß diese recht selten zu finden ist. Bis in die erste Hälfte des 18. Jahrhunderts beherrschte die Hausratte Europa allein, von dieser Zeit an macht ihr die Wanderratte das Gebiet streitig und mit welchem Erfolg, haben wir bereits gesehen. In Deutschland ist sie noch allenhalben verzelzt zu finden. Sie tritt nicht in größerer Anzahl auf, wie es bei der anderen Art der Fall ist. Noch in der Mitte und gegen das Ende des vorigen Jahrhunderts war sie in manchen Gegenden Deutschlands allein anzufinden, die Wanderratte

hatte ihre Herrschaft noch nicht überallhin ausgedehnt. In manchen Gegenden teilen sich beide Arten ihr Herrschaftsgebiet, so daß die Hausratte die Dachböden und oberen Etagen der Häuser, die Wanderratte dagegen die Keller und Ställe und die tiefer gelegenen Gebäude bewohnt.

Wie kam die Wanderratte nach Europa?

Ueber den Zeitpunkt und die Art der Einwanderung der Wanderratte aus ihrer Heimat Indien nach Europa herrscht noch keine Klarheit. Ein älterer russischer Naturforscher behauptet, daß die Ratte im Jahre 1727 durch mallenhaftes Ueberkreuzen der Wolga den Zutritt von Vorderasien nach Europa erlangt hat. Dem stehen aber gemächliche Bedenken entgegen, daß nämlich die Tiere im vorigen Jahrhundert noch nicht Vorderasien bewohnt haben. Wahrscheinlich ist die Wanderratte auf dem Seewege nach Europa gelangt: sie ist, was für sie viel bequemer war, auf dem Seewege von Ostindien aus, das schon früher von China her von ihr überzogen war, mit Schiffgelegenheit nach Europa und vermutlich zuerst nach England gekommen, angeblich im Jahre 1732. Wie sehr die so überaus unlauberen Wanderratten das Wasser und den Aufenthalt auf Schiffen lieben, ist bekannt. Sie laufen nachts in den Häfen von den Schiffen



entlang der Ankertaue im Gänsemarsch bis in die Nähe des Landes und durchschwimmen die letzte trennende Strecke, vortreffliche Schwimmerinnen, wie sie sind, mit Leichtigkeit. Ebenso gelangen sie ungekehrt vom Lande aufs Schiff. Sie klettern auch, wenn sie Durst haben, hoch in die Takelage hinauf, um das Wasser, das sich bei vorübergehendem Regen in den Falten der Segel gesammelt hatte, zu laufen.

Ihre Lebensweise.

In der Lebensweise, in ihren Sitten und Gewohnheiten stimmen beide Arten, abgesehen von wenigen Unterschieden, sehr überein. Während die Wanderratte sich mehr in den unteren Teilen der Gebäude, in feuchten Kellern und Gewölbten, in Abzuggräben, in Senkgruben und an Flußufern, an Orten voll Schmutz und Unrat aufhält, bevorzugt ihre Verwandte mehr die Dachböden, Kammern und Kornböden. Die Hausratte springt und klettert besser, die Wanderratte dagegen ist wieder eine gute Schwimmerin, kampflustiger und räuberischer. Beide Arten sind die steten Begleiter des Menschen. Wo er sich niederläßt, Häuser, Dörfer und Städte baut, überallhin folgen sie ihm und werden seine Reingier, gegen die er sich mit allen Kräften wehren muß. In allen möglichen Räumlichkeiten menschlicher Wohnungen, die ihnen Nahrung versprechen, sind sie zu finden. Ueberallhin bahnen sie sich ihren Weg. Die Eichenbohlen und Mauern bieten keinen Schutz, sie werden durchnagt und untermüllt. Ja, sie fressen sogar die Blechrohre der Wasserleitungen durchnagen, um einen Ausweg zu finden oder um an das Wasser zu gelangen, um ihren Durst zu stillen. Ueberstimmungen in den Wohnungen sind die Folgen. Nur tief eingelassene Grundmauern, deren Fugen gut und fest verputzt sind, schützen gegen ihr Eindringen. Weit größeren Schaden richten sie durch die Art ihrer Nahrungsaufnahme an. Ihnen ist alles genießbar recht. Nicht nur fallen sie über menschliche Nahrungsmittel her, sondern sie zernagen und zerstören andere Stoffe, sie fallen über lebende Tiere her, ja sie fressen sogar auch über Menschen, wie wehrlose kleine Kinder, hergefallen sein. Die Ueberfälle von Ratten auf Menschen, die manchmal erzählt werden, halten nicht immer der Nachprüfung stand. Doch haben sich einige Fälle als wahr erwiesen. So soll im Herbst 1904 in der Nähe von Paris eine Rattenplage einen angetrunkenen Mann in seiner zerfallenen Behausung bei lebendigem Leibe vollständig zerfleischt haben. Ueberfälle von Ratten auf kleine Kinder und wehrlose Kranke sind hier und da bekannt geworden. Daß sie in Schweinefäulen deren Inzusen an den Ohren oder sonstigen Körperstellen, daß sie Geflügel, Kaninchen und sonstige Kleintiere angegriffen haben, ist wohl bekannt. Die Vermehrung, namentlich der Wanderratten, ist außerordentlich groß. Ungefähr einen Monat nach der Begattung, die unter lautem Quietschen und Schreien vor sich geht, gebären die Weibchen 5 bis 22 Junge, die recht nette Tierchen sind. Die Jungen wachsen schnell heran und werden mit drei bis vier Monaten ebenfalls fortpflanzungsfähig. Im Laufe eines Jahres legt ein Rattenweibchen mehrere Würfe in die Welt, von denen die weiblichen Nachkommen in der angegebenen Zeit ebenfalls für die Vermehrung ihrer Sippe eintreten. Unter diesen Umständen kann man sich vorstellen, welche außerordentlich zahlreiche Vermehrung die Ratten erfahren und wie notwendig ihre Bekämpfung ist. Die Anzahl der in den Großstädten lebenden Ratten ist naturgemäß sehr groß. So wurde die Zahl der in Paris lebenden Ratten auf mindestens eine Milliarde geschätzt. Nach Berichten wurden 1850 in Paris 144 361 Ratten von den zünftigen Rattenjägern getötet und ihre Schwänze auf dem Rathaus abgeliefert. Ueber die Anzahl der in Berlin lebenden Ratten stehen anscheinend keine Zahlen fest. Sie wird wohl kaum hinter der der französischen Hauptstadt zurückstehen.

Immer gab es Rattenplagen.

Rattenplagen sind in allen Zeiten und aus aller Herren Länder bekannt geworden, denn die Ratten haben das „Weltbürgerrecht“ erworben. Im 13. Jahrhundert verhängt der Bischof von Antun über die Ratten den Kirchenbann, wahrlich eine erfolgreiche Bekämpfung der Tiere; in Sondershausen wurden sogar Buß- und Bettage angelegt, um der Rattenplage zu begegnen. Mit allen Mitteln suchten die Menschen sich dieser lästigen Plage zu entledigen. Und da alles nichts half, da mußten die Kirche und ihre Diener gegen die Ratten zu Felde ziehen! Im Freileben tritt unter den Ratten eine merkwürdige Erscheinung zutage: mehrere Tiere wachen mit den Schwänzen zusammen; man nennt diese Bildung „Rattenkönig“. Es handelt sich hier stets um Tiere aus demselben Nest, die sich gegenseitig die Schwänze anknabbern. Beim Zusammenliegen im Nest berühren sich die Wundflächen und wachsen aneinander, was bei gleichblütigen

Die Sigurantin.

Roman eines Dienstmädchens von Léon Frapié.
Autorisierte Uebersetzung aus dem Französischen von Rude-Gracia.
17.

Die Agentur Bizon, Rue Saint-Antonie, beschäftigte sich speziell mit Dienstmädchen, die körperliche Gebrechen hatten, zu altersschwach oder zu häßlich, kurz: irgendwie mit einem Schaden behaftet waren. Unter der einen Bedingung, daß sie im voraus bezahlen konnten, übernahm sie es, dieselben mit Wohnung und Essen zu versorgen und ihnen Stellen zu verschaffen.

Die philanthropische Agentur, bekannt wegen ihrer Spezialität minderwertiger, wohlfeiler Dienstboten, besah eine sehr gemischte Klientel geistiger oder verschrobener Leute, die sich aus den verschiedensten Klassen zusammensetzten. Und es gelang, die Invaliden, Buckligen, Alten, Krummbeinigen unterzubringen — aber man fand, um die Wahrheit zu sagen, niemals Abnehmer für die schwangeren Mädchen. Die Agenten ließen trotzdem diese letzteren umherlaufen, solange deren Ersparnisse reichten.

Am Morgen nach dem Weihnachtsfest machte sich Sulette mutig auf den Weg. Mit ihrem weißen Häubchen, dem schmalen einfachen Kragen ihrer grauen Bluse, dem schwarzen Rock trug sie den Stempel ihres Berufes deutlich zur Schau. Die Qual der letzten bei Frau Peron verbrachten Tage hatte sie abmagern lassen, und ihr interessanter Zustand sprang jetzt in die Augen. Mit heiterer und entschlossener Miene eilte sie dahin wie eine Person, die auf dem Pflaster von Paris heimisch ist, und das Gedränge der Vorübergehenden störte sie nicht in ihren Gedanken:

„Schließlich bin ich bei der Arbeit ebensoviel als eine andere wert, trotz meiner Schwangerschaft. Zuerst wird man mich verwundert ansehen, aber dann wohl bedenken, daß jeder Mensch leben muß.“

Die Agentur schickte sie nach dem Kai Anjou auf der Ile Saint-Louis. Paris hatte hier etwas Altägyptisches, provinziell-mäßig Stilles; der Tag war düsterer, der Nordwind schneidender. In einem Haus, dessen Erdgeschloß vergitterte, verstaubte Fenster an Stelle von Ladenschelben aufwies, stieg Sulette eine breite, mit schmiedeeisernen Geländer versehene Treppe auf niedrigen, ausgetretenen Stufen empor.

In der obersten Etage klingelte sie und eine dürre, blasse Frauensperson, mit dem Aeußeren einer alten Betschwester

führte sie mit kleinen verstohlenen Schrittschen in das infolge der ungewöhnlichen Höhe der Decke imposante Vorzimmer.

Der Zettel des Vermittlungsbureaus veranlaßte keine Bemerkung, aber der Anblick Sulettes wurde Ursache eines erschreckten Ausrufs:

„Ach mein Gott, ich hole meinen Herrn Bruder!“

Jene sehr betagte, knochige, in einen Schlafrock gehüllte Persönlichkeit hatte das bleiche und glattrasierte Gesicht eines Wittglaubes des Richterstandes. Er blieb zunächst in einiger Entfernung, mit verblüffter Miene, das linke Handgelenk mit der Rechten umspannend, stehen, dann trat er ganz dicht heran und seine Stimme tönte in gemessener Strenge: „Die Moral verbietet mir, Ihre Dienste anzunehmen. Entfernen Sie sich und lassen Sie es sich angelegen sein, die Befehle zu achten.“

Er hatte die Tür geöffnet und Sulette entfernte sich, ihn bestürzt von der Seite ansehend, ohne ein Wort der Erwiderung zu finden. Im Flur streckte er seine beiden Hände mit gespreizten Fingern nach vorwärts, um die Drohung mit den Befehlen zu verstärken und reine Lust zu schaffen.

Und Sulette verstand, das schwangere Mädchen durfte nicht betteln, nicht vagabundieren, nicht stehlen, nicht zu früh gebären, nicht Selbstmord begehen, und man brauchte ihr nicht Arbeit, Brot oder Asyl zu gewähren. Und als forderte er in eigener Person den jahrhundertelangen Fluch des widerhallenden Gebäudes, blieb der Alte öfen, anklagend die Hände erhoben, stehen, bis Sulette die eiserne Treppe der Treppe aus Stein und Eisen hinter sich hatte.

Der Leiter der Agentur schien über die klar ausgesprochene Ablehnung seiner Klientin vom Kai Anjou sehr verwundert. Trotzdem entschuldigte er sich brieflich bei diesem „wegen des bedauerlicherweise vorgekommenen Irrtums“ und schickte ein etwas idiotisches, in einem Kloster erzogenes Mädchen hin, das ihnen zusagte.

Sulette verbrachte den Rest des Tages auf ihrem Koffer, sitzend, den Kopf in die Hände gestützt. Aber am anderen Morgen war ihr Mut wiedergekehrt.

„Rein! Ich bin keine Verbrecherin! ... Und in der Stadt muß ich Hilfe finden.“

Ein Ausweis führte sie auf die Rue Saint-Honore, in die Nähe Hallen zu Geschäftsleuten, diese brauchten jemand, der ihren Haushalt versorgte, während sie im Laden tätig waren; die Schwangerschaft des Dienstmädchens dürfte sie auf alle Fälle gleichgültig lassen.

Sulette ging die Rue de Rivoli entlang, und nach Ueberkreuzen des Boulevards de Sebastopol bestätigte die Physiognomie von Paris ihre Hoffnungen. Ein allgemeines, ver-

worrenes, aber fröhliches und nicht rücksichtsloses Getriebe herrschte überall: die Bewohner des Quartiers des Halles erkannten einander an ihrem geröteten Gesicht, den fröhlichen Augen und kräftigen Stimmen; die blaue Bluse, die Mütze oder die mit Taschen versehene Schürze kennzeichneten sie nicht weniger als fidele Leute. Da konnte keine unerbitliche Moral haften.

Wirklich war der Empfang bei den Respektanten keineswegs ein strenger. Es waren Verkäufer eingefalgener Fleischwaren — Mann und Frau — korpulent, etwa vierzig Jahre alt. Sie brachen beide, die Häufte in die Hüften gestemmt, in ein fürchterliches Gelächter aus.

„Erlauben Sie! Sie haben wohl die Wassersucht, mein Kind?“ Schrie die Frau.

„Sie bringen gleich jemand zur Hilfe mit? Wiediel verlangen Sie denn Lohn für sich beide?“ witzelte der Mann.

Sie erzürnten sich angesichts des duldlamen und beharrlichen Befens Sulettes, die, wenn man wollte, zur Rolle des verhöhlten Dienstmädchens bereit war.

„Sie sind eine pudige Person! Wufn einen Bauch haben! Aber man muß einen wie wir haben! Schauen Sie, daß Sie mit Ihrer Schundware weiterkommen!“

Die Geißel des Spottes empörte die Widerstandskraft Sulettes. Sie wollte um jeden Preis Geld verdienen und Wäsche für ihr Kind kaufen. Man würde schon sehen! Und Paris sollte sich nicht lustig über sie machen. Sie würde doch die Kinderwäsche haben!

Gutes versprach sie sich von einem Gang in das Quartier der Böfse. Um 3 Uhr sollte sie sich vorstellen. Der liegende Reif gab der Straße ein so staubbedecktes Aussehen wie mitten im Hochsommer. In ihre Felze gehüllte Herren spazierten mit brennenden Zigarren daher; Kutscher mit prachtvollen Gespannen, blinkende Automobile fuhrn längs des Trottoirs; schöne Weiblichkeit verbreitete Blumenduft und veranlaßte alle Zylinder, sich umzuwenden.

Uebrigens zeigte der allgemeine Anblick, daß in diesem Zentrum der Stadt das Weib nach seinem höchsten Werte eingeschätzt wurde. Die Geschäfte fesselten die Vorübergehenden durch ihre Ausstellungen von Kunstwerken; hier umrahmten entzückende Landschaften mit poetischem Grün Wippen der Liebe; milchfarbene Nubitäten hoben vom blauen und rötlichen Grunde ihre erzitternde Vollkommenheit, die Vertändigerin der gereiften Begierde, ab. Dort riefen Marmor und Bronze hinaus, daß es nichts Erhabeneres auf der Erde gibt, als den Bau des weiblichen Körpers, der heilige, die Menschheit fortpflanzende Betätigungen offenbart.

(Fortsetzung folgt.)

Tieren möglich ist. Derartige „Rattenfänge“ sind verschiedentlich gefunden worden und die Anzahl der dazu gereinigten Ratten ist recht verschieden.

Es gibt kein Tier außer der Ratte, dem ein allgemeiner Vernichtungskrieg erklärt worden ist. Mit allen zu Gebote stehenden Mitteln wird gegen sie vorgegangen. Sie sind schädliche und gefährliche Tiere, an deren Bekämpfung die Menschheit ein Interesse hat, da sie zu ihren schlimmsten Feinden zählen.

Das Erpetal.

Es gibt noch Natursehenswürdigkeiten in der Mark, die wenig besucht von der großen Masse der Ausflügler, an Natürlichkeit und Ursprünglichkeit trotzdem nichts zu wünschen übrig lassen. Fährt man mit der Bahn nach Friedrichshagen, so blickt man kurz vor dem Ort zu beiden Seiten auf lieblich grüne Wiesen, die von einem Bächlein durchzogen werden — es ist das Erpetal. Vor Jahren, als es noch nicht zu Berlin gehörte, wollte ein geschäftstüchtiger Unternehmer hier Tafel stehen, was aber durch eine Verordnung des Landrats von Niederbarnim verhindert wurde. Das kleine Gewässer, das sich in vielen Windungen durch das Wiesental schlängelt, um später bei Köpenick in die Spree einzumünden, ist die Erpe. Sie kommt aus der Gegend westlich von Alt-Landsberg, wo sie als schmales Rinnsal in engem Wiesental unter dem Namen Teiergraben durch die Feldmark fließt. An nützt das Fließ seine Bahn durch einen bald enger, bald weiter werdenden Wiesengrund, immer in südlicher Richtung, über Hoppegarten, unter dem Namen Zochgraben, über Dahlewitz als Röhrlfließ, wo Kiefernrosen die Bachlandschaft umsäumen. Im Westen sind es der Dahlewieger Forst und die Köpenicker Mittelheide, im Osten die Krummendammer Heide. — Will man die Schönheiten des Erpetals genießen, so beginnt man am Bahnhof Hirschgarten, den Lauf der Erpe aufwärts verfolgend. Auf der westlichen Seite unter Kiefern wandelnd, mit freiem Ausblick auf grüne Wiesen mit Gruppen von Erlen, sind wir bald in Ravenstein. Bis hierher dürften viele Berliner vordringen sein. Hier beginnt erst die Schönheit der Landschaft, die in ihrer Ursprünglichkeit und natürlichen Beschaffenheit manchmal recht wildromantisch anmutet. Gehen wir hinter Ravenstein über den Spielplatz in nördlicher Richtung, so wandern wir bald unter dem Schatt der alter Knorriger Eichen und Akazien. Das Wiesental rechts von uns bildet hier eine Viehweide, auf der sich eine große Herde Kühe und Pferde tummelt. Wir erblicken bald die Gebäude des Vorwerks Heidemühle. Der Weg führt mitten durch den Gutshof. Wir kehren uns nicht an das Hundegebell, nicht an den zischenden Gänserich und die ausgebreiteten Hühner. Rechts um den Mühlteich herumgehend, kommen wir bald in eine wilde Landschaft. Das Fließ ist jetzt links von uns und durchläuft einen mit Schilf bestandenen sumpfigen Morast, von Weiden und Erlen umsäumt. Der Wald ist mit seinem Unterholz so dicht, daß er teilweise nicht zu betreten ist, lediglich am Rande führt ein kleiner Weg entlang. Wilder Hopfen und andere Schlingpflanzen ranken gleich Elenen an den Bäumen empor.

Wir befinden uns hier im Reiche des Herrn v. Treslow. Zum Teil ist hier Kieffeld; aber die Düste machen sich auf dem angegebenen Wege nicht bemerkbar. Man kann bis Dahlewitz vordringen und wird ein immer wechselndes Landschaftsbild vor sich haben.

Die Karower Mordtat.

Böttchers Geständnis.

Das furchtbare Verbrechen, das Karl Böttcher gestern früh den Kriminalkommissaren eingestand, wird, wie wir schon mitteilten, noch nicht der Schlusspunkt seines Schuldlosseins sein. Die erneuten Nachforschungen in der Nordische Eckert, die Kriminalkommissar Engel betrieben hat, erbrachten eine ganze Reihe wichtiger Zeugenaussagen. Darunter ist einer der wichtigsten ein Arbeiter, der sich jetzt gemeldet hat.

Er war im vergangenen Jahre mit Böttcher zusammen bei den Reinigungsarbeiten an der Karower Chaussee beschäftigt. Er und seine Arbeitskollegen hielten Böttcher, wie er sagt, für „dow“. Sein verschlossenes und zurückhaltendes Wesen legte sie als Dummheit aus. Sie empfanden es als lächerlich, daß der junge Mensch während der glühenden Sommerhitze im steifen Kragen und Jackett die Erdbarbeiten verrichtete. An dem Mordtage sah der Zeuge in der Mittagszeit den jungen Böttcher hinter dem Kornfeld entlanggehen und einen Seitenweg nach Buchholz einschlagen. Am nächsten Tage fragte Böttcher den Arbeitskollegen, ob wohl der Borarbeiter sein Fehlen bemerkt und nach ihm gefragt habe. Der Zeuge verneinte das, kam auch später, als der Mord entdeckt wurde, nicht auf den Gedanken, daß das Verschwinden des Burschen eine besondere Bewandnis gehabt haben könnte. Erst jetzt wurde er durch die Zeitungsnotizen sühlig und erinnerte sich der Vorgänge. Diese Gedankensorglosigkeit hat viel dazu beigetragen, daß die Nachforschungen der Mordkommission ergebnislos verliefen.

Ueber ein gutes Gedächtnis muß Böttcher verfügen, wie aus seiner Schilderung des Mordtages hervorgeht. Er erinnert sich, daß er in wütender Stimmung von seiner Wohnung wegging und in den Lokalen in der Brunnenstraße reichlich dem Bier und dem Schnaps zusprach. Er wußte noch, in welchem Geschäft er die Flasche Kognak gekauft und daß er dafür 2,75 M. bezahlt hatte. Während der Straßenbahnfahrt nach Buchholz stand er auf der vorderen Plattform und trank auch jetzt wiederholt aus der Flasche. Der Straßenbahnfahrer, der wohl sah, daß Böttcher angetrunken war, verwies ihm das und drohte, ihn von der Weiterfahrt auszuschießen, wie es seine Pflicht war. Er schloß dann eingehend die Vorgänge bei der Ermordung des kleinen Mädchens. Nach der Tat trank er den Rest des Kognaks aus und warf die Flasche achtlos beiseite. Jetzt fiel ihm ein, daß er schon lange den Wunsch gehabt hatte, einmal die damals stattfindenden Schauffläge auf dem Tempelhofer Feld anzusehen. Gegen 2 Uhr nachmittags kam er dort an, betrat aber nicht den eigentlichen Flugplatz, sondern blieb am Zaun stehen. Neben ihm stehende andere „Zaungäste“ unterhielten sich darüber, daß bei Straßenarbeiten in Sanftwig Arbeiter eingestellt würden. Böttcher ließ sich die Firma nennen und wanderte zu Fuß nach Sanftwig hinaus, wo er gegen 4 Uhr ankam. Zur Rückfahrt benutzte er die Stadtbahn, kam gegen 8 Uhr abends auf dem Potsdamer Bahnhof an, ging nach Hause und legte sich zu Bett. Böttcher gibt an, daß er bei dem Mord an der kleinen Eckert unter dem für ihn unheimlichen Einfluß des Alkohols gestanden haben müsse. Es kommt hinzu, daß er sehr leicht erregbar ist. Selbst bei seinen Vernehmungen fällt es ihm schwer, sich zu beherrschen. Er sagt, daß das Zusammenreffen mit dem Mörder ein rein zufälliges war. Er sprach zu niemand von dem Mord und las auch keine Zeitung. Später, als er einen Säulenanschlag zu Gesicht bekam, erinnerte er sich nicht einmal mehr, welche Kleidung sein unglückliches Opfer getragen hatte. Nach einigen Tagen gab Böttcher die Arbeiten in Karow auf. Später war er beim Straßenbau an der Kraftfahrerschule in Sanftwig beschäftigt. Die Kriminalpolizei beschäftigt sich zurzeit mit der Nachprüfung, ob Böttcher für das Sittlichkeitsdelikt, das in der Nacht zum 30. August in Sanftwig verübt wurde, als Täter in Frage kommt. Damals wurden in der Steglitzer Straße zwei Damen angefallen und beraubt. Der Unteroffizier der

Reichswehr, Fritz Mählig, der auf die Hilferufe herbeieilte, wurde von dem Wegeleagerer angegriffen und durch einen Rückenstoß schwer verletzt. Die Untersuchung darüber ist noch nicht abgeschlossen. Weiter wurde festgestellt, daß Böttcher im Jahre 1924 in dem Hause Gartenstraße 89 ein Sittlichkeitsdelikt auf ein damals acht Jahre altes Mädchen verübte. Dieses Verbrechen gab er auch zu.

Fabrikbrand in der Spandauer Straße.

Schwerer Schaden bei Schuchardt und Schütte.

Auf den Alarm Großfeuer rüdten gestern nachmittags drei Züge der Feuerwehr nach dem Grundstück Spandauer Str. 28-29, wo sich die Hauptverwaltung und Ausstellungensräume der Werkzeugmaschinen- und Werkzeugfabriken von Schuchardt und Schütte A.G. befinden. Auf diesem Grundstück stehen ein Vorder-, ein Mittel- und ein Hintergebäude, die zwei Höfe umschließen. Um die genannte Zeit brach plötzlich auf der linken Seite im Hinterhaus Feuer aus, und wenige Minuten später sah man auch Flammen auf der rechten Seite des Mittelgebäudes heraus schlagen. Der Brand dehnte sich sehr schnell aus und sprang auch auf das Vordergebäude über, so daß bald ein ungeheures Flammenmeer über dem ganzen Grundstück emporloderte. Bei dem Verlöche, einige Gegenstände aus der Wohnung zu retten, erlitt der Hausmeister Kübler, der im vierten Stock des Hintergebäudes wohnt, leichte Brandwunden und trug auch eine Rauchvergiftung davon. Ebenso wurde ein Fahrstuhlführer durch die Flammen verletzt. Erst in der vierten Stunde gelang es der Feuerwehr, die Flammen zu löschen. Der Schaden ist ziemlich erheblich, da die auf den Bodenräumen befindlichen Reparatur- und Modellwerkstätten fast völlig zerstört sind. Allen Anschein nach liegt eine Brandstiftung vor, da das Feuer zu gleicher Zeit im hinter- und im Mittelgebäude ausgebrochen ist.

Ein weiteres gefährliches Feuer kam am Freitag nachmittags gegen 3 Uhr in den Lagerkellereien der Firma Getrüder Eisner, Drucker, in der Drantenstraße 140/42 zum Ausbruch. Im Keller lagerten größere Mengen Zellulosereste, die wahrscheinlich infolge Selbstentzündung in Brand gerieten. Das Feuer dehnte sich auf unten lagernde Papiervorräte aus. Die Feuerwehr, die mit mehreren Löschzügen zur Stelle war und unter großen Schwierigkeiten an den Brandherd gelangen konnte, hatte längere Zeit mit der Bekämpfung des Feuers zu tun.

Eine Fischbäckstube im Norden. In der Chausseestraße 91 hat sich vor wenigen Tagen eine „Deutsche Fischbäckstube“ eröffnet, die nach dem Vorbild der mit staatlichen Mitteln eröffneten Fischbäckstube in der Mittelstraße den Berlinern des Nordens die Annehmlichkeit der gebadenen Fische zum Munde führen will. Wenn auch der Betrieb kaum auf den starken Konsum jener Fischbäckerei eingestellt ist, so kann er sehr wohl auf größere Basis geführt werden. Die Portion Fisch kostet 50 Pfennig, es werden See- und Süßwasserfische aller Art wie Rotzunge, Seelachs, Matresen u. a. verarbeitet. Die „Deutsche Fischbäckstube“ veranstaltet, allerdings wohl aus Propagandagründen, unentgeltliche Armenmahlzeiten, auch sollen Erwerbslose gegen Vorzeigen ihrer Stempelfarte an verschiedenen Tagen der Woche die 50-Pfennigmahlzeit für 30 Pfennig erhalten.

Die im Rahmen der Berliner Turn- und Sportwoche vorgelebene Festvorstellung mit anschließendem Ball in der Städtischen Oper am Sonnabend, den 4. September 1926, fällt aus.



Am Vormittag übertrug man die Eröffnung der Dritten Deutschen Junfestaustellung mit allen schönen Reden, die dort geschlungen wurden. Seidler-Winkler spielte mit dem Funkorchester die dritte Leonore-Duvertüre, aber dieses Mal gestrafft und mitreißend besonders im großen Crescendo. Nachmittags im Rahmen eines hübschen Konzertes Berber, Verdi, Liszt, Schubert und Dehár, und am Abend begann der Jukus „Zweitausend Jahre Orchester-Ruff“. In den Anfang stellte Seidler-Winkler die C-Dur-Sinfonie von Dittersdorf, es folgte darauf ein Orchestertrio von Stamiz. Eigentlich hätte Stamiz an der Spitze rangieren sollen, denn er ist der Begründer des neuen Orchesterstils, der hauptsächlich in dem Wechsel des Tempos und des Ausdrucks innerhalb eines Satzes beruht. Dittersdorf fußt auf ihm, aber der geniale Neuerer und Revolutionär wie auch Dittersdorf waren bald durch die Leistungen Haydns und Mozarts in den Schatten gestellt. Was empfand der moderne Hörer bei jenen Komponisten? Etwa dieses: ein Mozart ohne bezaubernde Grazie, ohne die quellende Melodie, ein beinahe kampferndes Haydn. Die Begründer der neuen Form beherrschten sie noch nicht souverän, sie haben noch nicht die spielende Ueberlegenheit, das Instrument gehorcht noch nicht völlig seinem Schöpfer. Den Abstand merkt man sofort, wenn das Orchester darauf Hand spielt. Hier ist bereits die Erfüllung. Haydn lächelt, das Orchester und die Solonisten singen, die Figuren zeigen Anmut, lebenswürdige Grazie. Der Geiger Maurits v. d. Berg spielt leicht und selbstverständlich, das Instrument klingt. Auf hohem Niveau steht die Leistung des Orchesters. Man kann sich auf die Fortsetzung des Jukus freuen.

Das Rundfunkprogramm.

Sonnabend, den 4. September.

Außer dem üblichen Tagesprogramm:

12 Uhr mittags: Die Viertelstände für den Landwirt. 4.30 bis 6 Uhr abends: Nachmittagskonzert der Berliner Funkkapelle. Leitung: Konzertmeister Franz v. Sapanowski. Anschließend: Ratschläge fürs Haus, Theater- und Filmdienst. 6.30 Uhr abends: Hauptmann Rohde: „Abessinien, Land und Leute“. 7 Uhr abends: Vortragsreihe anlässlich der großen Deutschen Funkausstellung Berlin 1926. Dr. Berthold Cohn: „Die Deutsche Funkindustrie“. 7.30 Uhr abends: Einführung zu dem Sendeispiel „Das Glöckchen des Eremiten“. 8 Uhr abends: Sendeispiel: „Das Glöckchen des Eremiten“, komische Oper in drei Teilen. Nach dem Französischen des Lockroy und Cormos. Deutsche Bearbeitung von Ferdinand Gampert. Musik von Aimé Maillart. Dirigent: Salmar Meyrowitz von der Berliner Staatsoper. Leitung: Cornelis Brangest. Thibaut, reicher Pächter: Albert Reiß; Gaorgette, seine Frau; Agnes Lambach; Bolamy, Dragoner-Unteroffizier; Cornelis Brangest; Sylvain, erster Knecht des Thibaut; Karl Jöken; Rose Prigue; eine arme Bäuerin; Grete Merrem-Nikisch; Ein Prediger; Louis van de Sande, Dragoner, Bauern, Bäuerinnen. Ort der Handlung: Ein französischer Gebirgsort, nicht weit von der Savoyischen Grenze. Anschließend: Dritte Bekanntgabe der neuesten Tagesnachrichten, Zeitanzeige, Wetterdienst. Sportnachrichten, Theater- und Filmdienst. 10.30-12 Uhr abends: Tanzmusik (Tanzorchester Etté).

Königswusterhausen, Sonnabend, den 4. September.

1.10-1.40 Uhr nachm.: Dr. Leonhard Blas: Musikalische Darbietungen für Schüler: 1. Rezitationen. 2. Gram, Funk, König, Wehlstein: Staats- und Domchor. 3-3.30 Uhr nachm.: Professor Dr. Amsel und Oberschullehrer Westermann: Einheitskurseschrift. 3.30-4 Uhr nachm.: Gartenschuleleiter Hans Höbner: Die naturwissenschaftliche Auswertung der Gartenschule 4-4.30 Uhr nachm.: Dr. Wilhelm Ebert: Wasser und Obstbau. 4.30-5 Uhr nachm.: Mitteilungen des Zentralinstituts. 5-5.30 Uhr nachm.: Diplom-Handelslehrer Hans Wieg: Bodenreform und Volksernährung. 8.30 Uhr abends: Uebersetzung aus Berlin.

Schwerer Unfall beim Bau des Großkraftwerkes.

Wieder zwei Arbeiter abgestürzt.

Ein neuer folgenschwerer Unfall ereignete sich gestern auf dem Gelände des im Bau befindlichen Großkraftwerkes Rumelnsburg. Zwei Arbeiter, der 23jährige Monteur Fritz Steinke aus der Uedomstraße 29 und der 23jährige Monteur Edmund Pflug aus der Prenzlauer Straße 9, waren mit Montagearbeiten auf einem Eisengerüst beschäftigt. Aus bisher noch nicht ganz geklärt Ursache, wahrscheinlich durch das vorzeitige Lösen eines Eisenmaßes, stürzten beide aus etwa 15 Metern Höhe in die Tiefe, wo sie mit schweren Verletzungen besinnungslos liegen blieben. Während Steinke zwar erheblich, doch nicht lebensgefährlich verletzt ist, gibt das Befinden des verunglückten Pflug, der im Hubertus-Krankenhaus in Lichtenberg Aufnahme fand, zu Besorgnissen Anlaß.

Verhaftung eines Sittlichkeitsverbrechers.

Einem im Hause Bergstraße 61 wohnenden Arzt und einem anderen Mieter fiel gestern vormittag ein etwa vier Jahre altes kleines Mädchen auf, das bitterlich weinend auf dem Hofe stand. Als man das Kind fragte, sagte es, daß ein „fremder Onkel“ es „angeführt“ habe. Den Nachforschungen der beiden Männer gelang es auch, einen jungen Mann zu ertappen, der sich bei ihrem Näher eilig aus dem Staube machen wollte. Nach kurzer Verfolgung konnte er aber an der Ecke der Invaliden- und Bergstraße gestellt und der Polizei übergeben werden. Auf der Wache des S. Reivers entlarvte ihn die Kriminalpolizei als einen 25 Jahre alten Johann Amin aus der Exerzierstraße 3. A., der augenblicklich ohne Beschäftigung ist, hatte sich planlos in den Straßen umhergetrieben, das kleine Mädchen an sich gelockt und versucht, sich an ihm zu vergehen. Die erschrockene Kleine war weinend davongelaufen und so vor dem Ärgsten bewahrt geblieben. Der festgenommene gefand weiter ein, daß er vor etwa 14 Tagen ein Sittlichkeitsvergehen an einem vier Jahre alten Mädchen auf dem Treppenhof des Hauses Bergstraße 16 verübt hatte. Der Unhold wurde dem Polizeipräsidenten eingeliefert.

Zur Kriminalität der Jugendlichen.

Eine Zusammenstellung der in Berlin im Jahre 1925 abgeschlossenen Strafverfahren gegen Jugendliche ergibt 2902 Fälle. Daran waren die männlichen Jugendlichen allein mit 2421 Fällen, die weiblichen nur mit 481 Fällen beteiligt. Von der Gesamtzahl kamen auf die Altersklassen der 14- bis 15jährigen 293 männliche und 41 weibliche Jugendliche, der 15- bis 16jährigen 455 und 99, der 16- bis 17jährigen 651 und 159, der 17- bis 18jährigen 1022 und 182. Die Straftaten gehörten in zwei Drittel aller Fälle zu den Vergehen gegen das Eigentum, bei 1618 männlichen und 355 weiblichen Jugendlichen. Gegen Staat, Religion und öffentliche Ordnung hatten sich 66 männliche und 10 weibliche vergangen, gegen die Person 243 und 28. Dazu kamen Uebertretungen von 195 männlichen und 39 weiblichen. Der Rest, 293 männliche und 49 weibliche, verteilte sich auf eine Reihe sonstiger Verbrechen.

Blumenschau in Berlin C.

Der Bezirk Osten des Verbandes Deutscher Blumengeschäftsinhaber, Ortsgruppe Groß-Berlin, hält zurzeit in den Alhambra-Festhallen, Wallnertheaterstraße 15, eine Blumenschau ab. Der Eingang wirkt in seinem tiefen Grün der mit Tannenzweig verflochtenen Wände und dem Spalier hoher Oleanderbüsche düster, fast höllisch und gibt ein wirsames Gegenstück zu der farbenreudigen Helle, die den Besucher im Ausstellungsraum empfängt. Da gibt es, bunt durcheinandergewürfelt, prächtige Chrysanthem in allen Farbschattierungen, die zerlegten pastellfarbenen und die leuchtenden Schwertlilien, Dahlien, verschiedene Primelarten und noch viele andere schöngepflegte und geschmackvoll arrangierte Blumenarrangements. Ein blumengeschmücktes, vollkommen eingerichtetes Brautgemach mit Wurzeln angras, Brautstühle und allem dazu gehörigen poetischen Requisiten. Ein prächtig gebeder Hochzeitstisch sei besonders erwähnt. Welch daneben — das Leben ist nun mal eine Tragikomödie — eine Schaustellung von allerlei Grabmusk auf dem Gebiete der Blumenkunst. Sehr hübsch wirkt ein Kastenham, der die Eigenart dieser absonderlichen Pflanzenformen wirksam zur Geltung bringt. Eine Markisenfabrik hat die Veranda eines Sommerhauses mit Korbmöbelgarnitur, Gartentische, lustigen Vorhängen und den pollenden Blumenarrangements gestellt. Von den Balkons grünen hübsche Dekorationen von Primeln und anderen Topfpflanzen. Der duftende Hain ist noch nicht ganz fertiggestellt. Hier wird noch eine Schleiße angebracht, dort werden Balen und Körbe zurechtgerückt, alles arbeitet fleißig, prüft mit Kennertblicken die Wirksamkeit und harrt der Besucher.

Bierfötter in Berlin.

In einem sechsseitigen Dornier-Torpedospannflugzeug III ist Bierfötter, der Kanalbezwinger, um 5.20 Uhr von Köln auf dem Tempelhofer Feld angekommen. Die Fahrt Köln-Berlin legte das Flugzeug in 4 Stunden zurück. Die Luftkassa hatte ihre sämtliche Flaggen aufgezogen, ein strenger Abperrungsdienst sorgte dafür, daß sich auf dem Flugplatz nur gelobenes Publikum versammelte. Das Tempelhofer Feld war von vielen hundert Menschen besetzt, auf der Anfahrtsstraße zum Flughafen standen die Neugierigen in Scharen. Als Bierfötter dem Flugzeug entstieg, ging ein unbeschreiblicher Tumult los. Die Schupotte wurde von den wilden Enthusiasten überrennt, indes 20 bis 30 Photographen eine Art Serienfeuer eröffneten. Die Ansprache des Direktors Reich von der Luftkassa, der Bierfötter ein Modell des von ihm auf der Berlinfahrt benutzten Dornierflugzeuges als symbolisches Geschenk überreichte, sowie die Begrüßungsworte des Oberbürgermeisters häusler als Vertreter des Magistrats fielen dabei fast völlig unter den Tisch. Frau Bierfötter mit Kind und Schwiegereltern waren anwesend. Schwimmvereine überreichten einen Kranz. Als Bierfötter im Auto abfahren wollte, kam es auf der Straße zu wilden Szenen. Die Polizei hatte größte Mühe, dem Wagen Passage zu verschaffen. Im Rathaus fand anschließend ein Empfang des Schwimmers statt.

Berliner Turn- und Sportwoche.

Langsam nähert sich die Berliner Turn- und Sportwoche ihrem Ende. Die Veranstaltungen am geitigen Freitag blieben an Zahl gegen die der Vortage erheblich zurück. Für den Sonnabend sind noch eine große Anzahl von turnerischen und sportlichen Darbietungen geplant, die am Sonntag mit etwa 50 programmäßig festgesetzten Sportveranstaltungen ihren Höhepunkt und zugleich ihren Abschluß erreichen werden. Gestern wurden wieder im Lustgarten, im Schiller-Park, auf dem Sportplatz Schönhauser Allee, auf der Weberswiese und auf dem Platz vor dem neuen Rathaus in Schöneberg Boxkämpfe und von den Schwergewichtern Ringkämpfe, Gewichtheben und Exzentrischen gezeigt. Auf den Sportplätzen Kognak- und Normannenstraße in Lichtenberg traten mehrere Rommalkämpfer zu Faustballwettkämpfen an. Im Stadion im Grunewald fand wie im Vorjahre ein Zapfenzug der Reichswehr mit anschließendem Fackelzug statt. Zum Schluß wurde ein Feuerwerk abgebrannt. Die Zuschauertribünen zu beiden Seiten der großen Sportarena waren knapp zur Hälfte gefüllt. Die Farben der Republik, die man eigentlich, oder selbstverständlich an den Fahnenmasten erwartete, suchte man vergeblich. Ein starkbesetzter Boxkampfabend kam abends in den Sommerkino in der Teltower Straße zum Austrag. Die Repräsentanten der Berliner Boxmafia traten gegen Hamburgs Auslese in den Kampf. Es gab durchweg schöne und harte Kämpfe in allen Gewichtsklassen zu sehen, in denen sich die Hamburger als tapfere Kämpfer erwieisen.

Erhöhen Kartelle die Leitungskosten?

Ein Beitrag zur Tagung des Reichsverbandes der deutschen Industrie.

Im Zusammenhang mit dem „Verbandstag des Reichsverbandes der deutschen Industrie“ ist die deutsche Handelspresse mit Artikeln von Industrieführern geradezu überschwemmt worden. Dabei wird nicht nur erkennbar, in welcher Linie die Wirtschaftspolitik der deutschen Unternehmer sich jetzt zu bewegen gedenkt, es zeigen sich auch bei genauerer Untersuchung recht interessante Widersprüche mit den Tatsachen.

Die Unternehmer klagen darüber, daß die Reichsregierung ihren Kartellen das Leben allzu teuer mache, weil sie annehme, daß die Kartelle die Preise hoch hielten. Im übrigen behandelte auf der anderen Seite die Regierung die „Lohnkartelle“, lies: die Gewerkschaften, überfreundlich.

Zu diesen beiden Argumenten seien hier einige grundsätzliche Richtigstellungen vorgenommen.

Die Gewerkschaft ist kein Lohnkartell.

In den Vereinigten Staaten haben die Gewerkschaften Jahrzehnte dagegen gekämpft, daß die Antitrustgesetzgebung immer wieder auf sie angewandt werden sollte. Es hat dabei tiefgehende Auseinandersetzungen gegeben, deren Erkenntnisresultate wir den deutschen Unternehmern, die gar zu gern von „Lohnkartellen“ sprechen, ins Stammbuch schreiben möchten. Im Clayton Act von 1914 heißt es:

„Die Arbeit eines menschlichen Wesens ist nicht eine Ware oder ein Handelsartikel.“

Auch die deutschen Unternehmer wollen den Stahlarbeiter und die Stahlknecht, die er erzeugt, den Techniker und die Knecht, die er zieht, den Zimmermann und die Säge, die er benutzt, den Buchdrucker und die Typen, die er setzt, auf eine Stufe stellen. Das sind die Worte, mit denen die amerikanischen Gewerkschaften den Standpunkt verteidigten, daß die Arbeit „die große, schaffende, schöpferische Kraft des Universums, daß sie das ist, was dem menschlichen Leben Würde, Adel und Zweck verleiht“.

Die deutschen Unternehmer sehen keinen Unterschied zwischen Menschen und Sachen, wenn sie von „Lohnkartellen“ sprechen und damit die Gewerkschaften meinen. Außerdem vergessen sie — und man muß ihnen dabei das Unwissen abtrotzen —, daß es keine Macht in Deutschland gibt, die einen Arbeiter daran zu hindern vermag, aus der Gewerkschaft auszutreten. Dagegen sind die Mehrzahl der Kartelle ausgegliederte Knechtssysteme, die das ausschließende Mitglied häufig genug nicht nur jahrelang binden, sondern es auch praktisch aus der Wirtschaft ausstoßen! Wir haben Fälle erlebt, bei denen austretende Kartellmitglieder auf drei und vier Jahre paragrafenmäßig aus allen realen Verdienstmöglichkeiten verjagt, gemißtraut ökonomisch ausgelöscht wurden! Man komme uns nicht mit der Ausrede, daß es sich hier um einzelne Mißbräuche handele, die „auch verurteilt“ würden. Es handelt sich bei diesen Mißbräuchen des wirtschaftlichen Boykotts nicht um Mißbräuche, sondern um ein Kartellprinzip.

Wir sind der Auffassung, daß das Reichswirtschaftsministerium bei seiner Bekämpfung der Kartelle gänzlich ungenügende Arbeit geleistet hat, mag es auch, wie die Unternehmer behaupten, seit November 1923 über 900 Kartelle zu Sägungsänderungen gezwungen haben. Wo bleibt überdies die amtliche Zusammenstellung dieser gesetzlich erzwungenen Abänderung von Kartellbestimmungen?

Wirken die Kartelle preisverteuernd?

Nach unserer Auffassung heißt es die Diskussion auf ein falsches Gleis schieben, wenn die Kartelle auf die Art verteidigt werden, daß man sagt, von den 1500, die wir in der Industrie besitzen, seien etwa 500 bis 600 reine Preisartelle. Ebenso ist es eine Verhöhnung der Untersuchungsgrundlagen, wenn immer wieder behauptet wird, daß die Reichsregierung in übergrößer Gefährlichkeit gegenüber den Arbeitnehmern die Kartelle, die als volkswirtschaftliche Ordnungsglieder nicht entbehrt werden könnten, zu zerstören bemüht sei. In der gleichen Richtung liegt jene Behauptung, daß die in der Öffentlichkeit während der jüngst vergangenen Jahre besonders scharf kritisierten Preisbeschlüsse mancher Industrieartelle fast durchweg nicht eine Erhöhung der Gewinnrate, sondern die Ausschaltung der Verlustläufe bezweckt hätten.

Anhaltende Getreidehauffe.

Die Preispolitik der Getreidehandelsgesellschaft.

Die für den augenblicklichen Zeitpunkt — unmittelbar nach der Ernte — außergewöhnlich hohen Getreidepreise konnten sich auch in dieser Woche, wenn auch unter gewissen Schwankungen, auf ihrem Stande behaupten. Insbesondere ist es den Hauffiers gelungen, einen zeitweiligen Einbruch in die Roggenpreise wieder fast vollkommen auszugleichen. Dies war um so leichter möglich, als das Angebot der Landwirtschaft nach wie vor sehr knapp bleibt, so daß die Nachfrage der Mühlenindustrie kaum befriedigt werden kann.

Es hat sich aber doch gezeigt, daß, sobald die Roggenpreise auch nur vorübergehend einmal nach unten tendieren, die Abgabeneigung der Landwirte sofort zusehends sich steigert. Dann scheinen die Feldarbeiten plötzlich weniger dringend zu sein, und man hat merkwürdigerweise doch noch Zeit, um sich um den Verkauf der gemieteten Getreidemengen zu kümmern. Wäre der Geschäftsbetrieb an den Märkten ein natürlicher, das heißt nicht durch das künstliche Gebilde der Getreidehandelsgesellschaft unnatürlich beeinflusst, so müßte sich der bei unerwartet verstärktem Angebot eintretende Rückgang der Preise fortsetzen, bis diese ein Niveau erreicht haben, das der Situation entspricht. Denn sowohl die Mühlen als auch der Handel sind klug genug, um zu wissen, daß der Preis unter eine bestimmte Höhe nicht sinken kann, wenn nicht eine auch ihren eigenen Interessen widersprechende irreguläre Marktlage nach der anderen Seite eintreten soll.

Wie die Dinge aber heute liegen, kann ein Rückgang der Roggenpreise nie länger als höchstens einen Tag dauern. Denn die Getreidehandelsgesellschaft verfügt nicht nur über das nötige Kapital, sondern, wie schon früher ausgeführt wurde, auch über die sonst erforderlichen Machtmittel, um sofort erfolgreich eingreifen zu können, wenn — wie sie die Dinge auffaßt — „Rot am Mann“ ist. Auf diese Weise ist im Moment noch nicht abzusehen, bis zu welcher Höhe und bis zu welchem Zeitpunkt sich die Hauffe fortsetzen wird. Selbstverständlich kann man das gegenwärtige, sehr gefährliche Spiel nicht bis in alle Ewigkeit betreiben. Denn in der Wirtschaft läßt sich die Logik für die Dauer nicht vergewaltigen, und schließlich hat auch der Preis für eine so unentscheidliche Ware, wie das wichtigste Brotgetreide, einmal eine Grenze an der Kaufkraft der Massen.

Sehr erfahrene Kaufleute und gewiegte Sachverständige der

Die Tatbestände liegen so, daß niemand, der eine blasse Ahnung von volkswirtschaftlichen Zusammenhängen hat, die Kartelle beiseite will. Die Entscheidung, die die Sozialdemokratische Partei am 13. März 1926 bei der Beratung des Etats des Reichswirtschaftsministeriums dem Reichstag vorgelegt hat, zeigt das sehr eindeutig. Sie verlangt die Entschleunigung der Kartelle. Sie sollen ebenso auf offenem Markte ihre Interessen wahrnehmen, wie die Gewerkschaften. Es gilt, die Kartellmethoden zu bekämpfen, die mehr dem Status wirtschaftlicher Fremdegesellschäften ähneln, als den Vereinbarungen von Industriellen oder Kaufleuten, die sich ihrer Pflicht gegenüber der Allgemeinheit bewußt sind.

Das Entscheidende bleibt, daß die Kartelle nicht etwa ausgelöscht werden, sondern daß sie bisher den Beweis dafür schuldig geblieben sind, daß sie die von ihnen behauptete Verbilligung der Produktion fördern. Faktisch ist es so, daß die Kartelle heute allzuhäufig die Produktion nicht vereinfachen, sondern nur deren Verwaltung bürokratisieren und komplizieren und daß sie darüber hinaus häufig die Leitungskosten, die sich doch auch im Preise ausdrücken, vergrößern.

Wir möchten hier nur auf zwei Beispiele hinweisen. Vor nicht allzulanger Zeit haben sich rechtsstehende Industrieblätter gezwungen, über die Bureaucratie im Verbands- und Kartellwesen in der deutschen Eisenindustrie öffentlich Beschwerde zu führen. Es sei unterstrichen, daß es sich dabei nicht um kleine Kartelle, sondern im besonderen um die Mißstände handelte, die sich seit der Bildung des Grobblechverbandes bei der Erledigung von Anfragen und Bestellungen herausgestellt hatten. Im übrigen ist merkwürdigerweise bisher völlig unbeachtet geblieben, was während der Leipziger Messe über die „Verkaufsvereinigung deutscher Pappfabriken“ veröffentlicht wurde. Diese Kartellorganisation soll angeblich nicht anderes als ein notwendiges Bindeglied zwischen Herstellern und Verbrauchern sein. Diese Verkaufsvereinigung gehört zu jenen „gemeinnützigen“, Organisationen, die „auf die Preisbildung keinerlei Einfluß ausüben“. Man nimmt nur die Aufträge entgegen und fiktiviert die Fakturenbeträge. Dabei wird aber nicht nur der notwendige Zuschlag zur Deckung der Unkosten dieser Zentralstelle erhoben, der Generaldirektor erhält außerdem eine Umsatzprovision, die sich sogar auf Exportgeschäfte und direkte Geschäfte mit angeschlossenen Fabriken erstreckt. Aus dieser kleinen Provision von einem halben Prozent auf den Gesamtumsatz, verdiente der Generaldirektor dieser „Verkaufsvereinigung deutscher Pappfabriken“ im Jahre 1924 circa 82 000 M. und im Jahre 1925 sogar 120 000 M. neben 24 000 M. festem Gehalt.

Weniger wichtig erscheint uns, daß jener tüchtige Generaldirektor es verstand, diese Provisionen seiner von ihm geleiteten Verkaufsvereinigung zu einem sehr anständigen Zinsfuß zu leihen. Gewissenlosigkeiten gibt es überall. Es kommt nur darauf an, ob es eine Ausnahme oder ob es System ist. Uns ist das Wichtigste, daß in den erwähnten beiden Beispielen zweifellos wird, daß Kartelle die Tendenz innewohnt, die Leitungskosten zu vergrößern.

Auch jetzt wieder klagt der „Reichsverband der deutschen Industrie“ darüber, daß man seine Mitglieder in ihrer Kartellarbeit nicht ungestört lasse. Der „Reichsverband“ sollte endlich einmal den öffentlichen Nachweis erbringen, was er bisher zur Bekämpfung der eben erwähnten Mißbräuche im Kartellwesen getan hat. Im übrigen braucht er ja sein Licht nicht unter den Scheffel zu stellen. Warum schlägt er nicht seine Älten auf? Warum hat er nicht den Mut, das, was einzelne seiner Mitglieder im Klub und im Privatgespräch mit den schärfsten Worten geißelt, wenn auch offiziell abgeschwächt, in der Öffentlichkeit zu wiederholen?

Die deutschen Unternehmer verlangen von aller Welt offenen Bankauszug, sie verlangen hundertprozentigen Glauben, während sie selbst für sich und ihren Betrieb verlangen, als unsterbliches und aus besonderem Stoff entstandenes Gemächs betrachtet zu werden. Sie möchten am liebsten die ganze deutsche Reichsregierung mit Besen ausräumen, die vor anderen Türen lehren. Außerdem wundern sie sich, wenn andere bei ihnen einen Abbau der Leitungskosten für notwendig halten.

Kurt Heinig.

Getreidewirtschaft hatten daher, wie schon angedeutet, die gegenwärtig an der Berliner Börse betriebenen Geschäftspraktiken für sehr gefährlich, und es fehlt keineswegs an Stimmen, welche früher oder später einen vollkommenen Zusammenbruch der jetzigen Politik voraussagen. Jedenfalls kann man ohne Übertreibung behaupten, daß sich niemals eine private Firma bereit finden würde, um nach den Methoden der Getreidehandelsgesellschaft Börsengeschäfte zu forcieren. Das Risiko wäre denn doch zu groß. Die Gesellschaft kann ihre Wege auch nur aus dem Grunde so bedenkenlos beschreiten, weil es nicht private Kapitalien sind, die hier aufs Spiel gesetzt werden. Hat sie doch, darauf muß immer wieder und wieder hingewiesen werden, vom Reiche einen Kredit von 30 Millionen erhalten, den sie lediglich zur „Stützung der Roggenpreise“ zu verwenden hat!

Ueber den Ausgang dieser schneidigen Hujarenattacke auf dem glatten Burgstraßenparkett kann man daher gespannt sein. Einstweilen wird von den interessierten Stellen natürlich alles unternommen, um die Position der Getreidehandelsgesellschaft zu festigen und ihr, wenn möglich, auch einen günstigen geschäftlichen Abschluß zu beschaffen. Das nächste Ziel, das von agrarischer Seite mit aller Energie verfolgt wird, betrifft die schon früher erwähnte „Anpassung der Einfuhrscheine an die neuen Sätze“. Hierüber wird sich, wie verlautet, der zuständige Reichstagsausschuß in seiner nächsten Sitzung am 10. September schlüssig werden. Gestingt es den Agrariern und ihren deutschen nationalen Sachwaltern im Parlament, dem Ausschuß ihren Willen aufzuzwingen und ihr Ziel zu erreichen, dann steht einer Ausfuhr deutschen Getreides im größten Umfange kein Hindernis mehr entgegen, und, da einstweilen noch keine Möglichkeit zur Einfuhr preiswerten Roggens erkennbar ist, besteht die Möglichkeit, durch Abgaben an das Ausland eine Verknappung der Inlandsware und somit ein weiteres Moment für Preissteigerungen herbeizuführen.

Der einzige Lichtblick in dieser verfahrenen Lage ist der Umstand, daß der Mehlhandel doch große Bedenken zu haben scheint, die wilden Spekulationen in Getreide mitzumachen. Im ganzen Mehlgeschäft, ganz besonders aber auf dem Roggenmehlmärkte, zeigt sich schon seit Beginn der Roggenhauffe größte Zurückhaltung. Man ist durchaus bestrebt, lediglich für den dringendsten, augenblicklichen Bedarf sich einzudecken, und hat offenbar die allergrößten Bedenken, sogenannte „Reinigungskäufe“ in größerem Umfange abzuschließen. Der Mehlhandel scheint also keine „Reinigung“

zu haben, daß sich die augenblickliche Hauffe längere Zeit wird behaupten können. Jedenfalls lehnt er es ab, mit am Tische zu sitzen, wenn die Suppe, die man jetzt einbrodt, ausgelöffelt werden wird. Gemiß ist die Möglichkeit, daß diese Ueberlegung falsch ist und daß im weiteren Verlauf der Dinge der Mehlhändler noch höhere Preise bezahlen muß, als sie jetzt gefordert werden. Diese Eventualität ist indessen in ihren Wirkungen bei weitem nicht so schlimm, als wenn man die jetzigen hohen Preise spekulativ anlegt, und dann ein immerhin möglicher Rückschlag eintritt. Dieses Verhalten des Mehlhandels sollte auch andere Kreise zum Nachdenken veranlassen.

Der Kampf um den Berliner Koksmarkt.

Am Berliner Markt spielen sich zurzeit heftige Kämpfe um die Koksversorgung ab, die bereits die Deffentlichkeit beschäftigt haben. Dazu hören wir aus Kreisen, die den städtischen Gaswerken nahesteht, folgendes:

Den größten Teil des Koksbedarfs haben bisher die Berliner Gaswerke gedeckt. Sie konnten in bezug auf die Preisfestsetzung mit anderen Kokszeugern bewegen fortfahren, weil sie ja nur zum Teil aus der Kokszeugung und aus dem Koksverkauf eine Wirtschaftlichkeit ihrer Werke erzielen wollten. Den Hauptanteil ihrer Erträge lieferte ihr selbstständig die Gaszeugung bringen. Vor dem Kriege bildete die Erstlingsabgabe der Berliner Gaswerke ausschließlich der Koksverkauf. Wenn diese Einstellung auch heute noch vorhanden wäre, dann würden wir in Berlin Gaspreise zahlen, die das Doppelte, ja vielleicht das Dreifache dessen ausmachen, was jetzt das Gas kostet. Unter diesen Umständen müßten zur Niedrighaltung der Gaspreise, ohne daß die Wirtschaftlichkeit der Werke darunter leidet, andere Methoden bei dem Betrieb der Gaswerke zur Anwendung gebracht werden, als vor dem Kriege. Damals wurde auf die Qualität des erzeugten Kokes sehr wenig Wert gelegt. Heute hat man Umbauten bei den einzelnen Gaswerken vorgenommen, die es ermöglichen, einen Goskofs herzustellen, der an Qualität dem westfälischen Schmelzkoks nicht bloß nicht nachsteht, sondern ihn sogar teilweise übertrifft. Die Gaszeugung durch Generatoren ist beiseite geworfen und man hat Koksereien eingebaut, die ganz genau wie in den Zechen des Ruhrgebietes eine qualitativ hochwertige Kokszeugung ermöglichen. Da die Gaswerke Berlins von den verschiedensten Produktionsgebieten in Deutschland mit Koks beliefert werden, hat man auch die Möglichkeit, die verschiedenen Kohlenarten derartig zu mischen, daß der qualitativ hochwertigste Koks erzeugt wird.

Die Gaswerke haben vor den anderen Konkurrenten, die für den Berliner Markt in Frage kommen, in bezug auf die Preisstellung nach einer anderen Richtung einen Vorsprung. Der Koks fällt zwangsläufig durch die Vergasung der Kohle und die Bearbeitung in den Koksereien aus der Kohle ab. Es wäre unwirtschaftlich, wenn dieser erzeugte Koks nicht an Orte zur Verwendung gelangte, solange hier danach Bedarf besteht. Unwirtschaftlich wäre es auch, würde man ihn, wie dies bis vor kurzem der Fall war, ins Ausland schaffen und dort zu einem Schnodpreis infolge des Wettbewerbes anderer Kokszeugender Länder abgeben müßte. Die Leidtragenden derartiger Verkaufsgeschäfte wären die Berliner Gasverbraucher, die durch Preissteigerung für Gas die Verluste aufbringen müßten.

Kun ist als Hauptwettbewerb gegenüber den Berliner Gaswerken die Preuhag getreten. Sie hat einen Kohlenhandelsbevollmächtigten ernannt, und dieser soll nun besonders die Behörden nach der Richtung hin bearbeiten, daß ihr die Kokslieferungen übertragen werden. Bisher war dieser Kampf erfolglos. Der Bedarf des gesamten Berliner Marktes wird auf 900 000 bis 1 000 000 Tonnen geschätzt. Die Berliner Gaswerke decken hiervon 600 000 Tonnen. Sie müssen diese Menge abgeben, da auf diesem Absatz die Berechnung ihres Gaspreises basiert. Da aber eine Steigerung der Absatzquote der Berliner Gaswerke festzustellen ist, und auf der anderen Seite ein ständiger Rückgang des Abhanges an westfälischem Koks, so ist der Zeitpunkt nicht mehr fern, wo die Berliner Gaswerke mit ihrem Koksabgab den Berliner Markt ohne jede Konkurrenz beherrschen. An westfälischem Koks wurden vor dem Kriege circa 400 000 Tonnen abgesetzt, das letzte Jahr weist einen Rückgang auf 200 000 Tonnen auf. Schlefien liefert 100 000 Tonnen nach dem Berliner Markt. Der Kohlenhandelsbevollmächtigte hat mit Preisunterbietungen gearbeitet. Er konnte das, weil der Koks, der für die Belieferung Berlins in Frage kam, nicht den Kreditatsbedingungen unterlag, sondern zu dem für den Eigenbedarf der Zechen freigegebenen Koks gehörte.

Die Berliner Gaswerke stehen auf dem Standpunkt, daß sie um jeden Preis den Berliner Markt halten müssen. Sie sind Großabnehmer der Preuhag für Kohle. Es sollte doch der Preuhag viel mehr daran gelegen sein, einen Großabnehmer für ihre Kohle zu haben, als ein paar hunderttausend Tonnen Koks auf den Markt zu werfen. Es wäre äußerst unerwünscht, wenn dieser Kampf zweier öffentlicher Kokszeuger um den Koksabgab in Berlin zu noch schärferen wirtschaftlichen Auseinandersetzungen führen würde, bei denen nur Außenstehende, besonders der private Kohlenhandel, Nutzen ziehen würde.

Die Deutsche Reichspost im Juli 1926.

Nach dem nunmehr vorliegenden Monatsbericht für Juli 1926 hat sich der Briefverkehr wenig geändert, dagegen ist der Paketverkehr zurückgegangen. Der Kraftwagenverkehr hat bei weiterer günstiger Entwicklung höhere Einnahmen als im Vormonat gebracht. Im Postgeschäftverkehr hat sich gegenüber dem Juni die Zahl der Poststrecken um 2727 und der Umsatz um rund 500 Millionen M. erhöht. Die Anzahl der Buchungen betrug 50,6 Millionen Stück und die Guthaben 532 Millionen M. Der Telegrammverkehr hat sich ebenfalls erhöht und die Zahl der Rundfunkteilnehmer ist um 13 000 auf 1 237 063 gestiegen. Der Kassenabschluß für Juli zeigt in den Einnahmen 24 Millionen M. mehr als im Juni. Die Einnahmen haben das Monatsdurchschnittsoll um 1,3 Millionen M. überschritten. Dies ist hauptsächlich darauf zurückzuführen, daß im Juli größere Vierteljahrsbeiträge (Haupt- und Zeitungsgeldern usw.) vereinnahmt worden sind. Der Einnahmerückstand für den ersten vier Monate des Wirtschaftsjahres beläuft sich gegenüber dem Soll auf 71 Millionen. Die Ausgaben haben sich im allgemeinen planmäßig entwickelt. Die Finanzlage der Deutschen Reichspost läßt noch keine Besserung erkennen.

Die Ausnutzung des deutschen 300-Mill.-Kredits an Sowjetrußland. Bisher sind auf Grundlage des deutschen 300-Mill.-Kredits an Sowjetrußland feste Abschlüsse über etwa 73 bis 74 Mill. M. abgeschlossen worden. Die Vergebung der Aufträge im Rahmen des Kredits verläuft normal. Die Verhandlungen mit den deutschen Firmen werden im Einvernehmen mit dem interministeriellen Ausschuß weitergeführt.

Steigende Umsätze der amerikanischen Automobilindustrie. Nach den nunmehr vorliegenden Zahlen über die Verkäufe der zehn ersten Automobilgesellschaften ergibt sich eine Steigerung der Verkäufe gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 30 Proz. und eine Steigerung des Reinverdienstes um 40 Proz., und zwar stiegen die Verkäufe von 972 908 auf 1 356 360 Wagen. Der Reingewinn betrug im ersten Halbjahre 1925 rund 110,5 Millionen Dollar gegen 133,9 Millionen Dollar in den ersten sechs Monaten 1926. Von den 10 Automobilgesellschaften steht die General Motors mit rund 89 Millionen Dollar Reingewinn an der Spitze, es folgt Dodge mit rund 12 Millionen, Nash mit 10 Millionen, Studebaker mit 8,7 Millionen, Packard mit 8,6 Millionen, Chrysler mit 9 Millionen, Willys Overland mit 7,4 Millionen, Hudson mit 6 Millionen, Hupp mit 2 Millionen und Paige-Detroit mit 1,2 Millionen Dollar.

Schwäne im See.

Von Fritz Müller, Parientkirchen.
(Schluß.)

„Schon gehört, nun hat er sich gar selbständig gemacht, der Streber?“ — „Wer will es ihm verdenken? So fleißig, wie der ist! Ich danke schön, wenn ich so schuften müßte.“ — „Nicht wundern, woher er das Geld hat, um sich zu etablieren.“ — „Woher? Gelpart natürlich. Keine Erholung, kein Vergnügen, durch all die Jahre nur Tarife, Tarife...“

Das Bankkonto schwoll. Noch ein Jahrlein oder zwei, und es mußte so hoch sein wie die Summe, die der Gärtner damals nannte, als der Junge mit dem Vorbeerfrachtbrief ehrerbietig fragte: „Und was muß das alles gekostet haben!“ Und wenn dann der Inhaber des rührigsten Speditionsgeschäftes am Platz sich diese Villa sichern würde, so wäre das nicht mehr als recht und billig.

Aber zwischen recht und billig schob sich knapp vor die genannte Summe die Hand eines ungetreuen Kassierers: Bis auf die Grundfesten erschütterte es das Bankkonto. Die Schwäne darin schrien erschreckt über die Fläche mit wassererschlagenden Flügeln. Um das Ufer lief ein zerarbeiteter Mann und lockte und lockte wieder jahrelang mit eiserner Arbeit. Da kamen sie wieder, die Schwäne. Ganz nahe waren sie am Ufer. Gleich würden sie —

Da machte die Bank bankrott. Auf Mathias Konto schwammen nur noch Trümmer. Kein Schwan mehr weit und breit. Manche in der Stadt dachten: Kein Wunder, wenn morgen eine aufgetriebene müde Leiche darauf schwämme. Aber die so dachten, wußten nichts von den Fähigkeiten eines ersten Jugendtraums. Mathias arbeitete sich zum zweiten Male hoch. Das Konto überstieg die angelegte Ufermarke. Und eben jetzt starb in der Villenstadt der Konful, stand sein Besitztum zum Verkauf. Mathias glaubte zu verstehen: Darum hatte ihn das Schicksal nicht schon früher landen lassen?

Der Häusermakler lächelte: „Sie scherzen wohl? Diese Summe mag das Besitztum wohl vor fünfzig Jahren wert gewesen sein. Seitdem aber die Grundpreise so gestiegen sind...“

Die Leute im Speditionskontor schüttelten die Köpfe. Nun hatte es doch geheißt, daß der Alte sich in den Ruhestand begeben würde. Und da werfelte er nun noch ärger als zuvor. Was er wohl im Sinne habe? Sicher würde er einmal in den Seelen sterben.

Er starb nicht in den Seelen. Fünf Jahre später gehörte ihm die weiße Villa, die Schwäne und der See. Während einer großen Geschäftsreise hatte er alles richten lassen. Jetzt sah er in dem Zug nach Hause. Er lehnte in einer Ecke und träumte: Heute noch würde er einziehen — heute noch — heute noch... Weiter nichts als „heute noch“ konnte er denken. Die zerwerkelten Gesichtsfasern wollten im Traume nicht die Villa auferstehen, nicht die Schwäne über seine Seele ziehen lassen. Der Schlaf wurde traumlos leer. Der erschöpfte alte Mann in der Ecke merkte es gar nicht, daß der Zug unterwegs immer wieder aufgehalten wurde. Es wurde Abend, als er in der Heimatstadt eintraf. Die Haushälterin war am Bahnhof: Ob der Herr doch heute noch in das neue Heim gehen wolle, oder ob er nicht vorzöge, die Nacht noch im Hotel zu schlafen, und erst am Tage, wenn er alles sehen könne.

„Nein, heute noch!“ unterbrach er sie barsch und stieg langsam in den Wagen. Der rollte eine lange Strecke. Wie ein Rebel, ein undeutlicher, zog ihm sein Leben während der Fahrt durch die Seele. Es war ihm, als sei es das Leben eines Fremden, zu dem er keinen Zugang habe. Der Wagen hielt. Er stieg aus. Alles dunkel. Selbst die neuergoldeten Gitterstäbe. Selbst der frische gelbe Kies. Selbst die neugetrichene Villa, die doch über fünfzig Jahre durch alle Nacht und durch die Tagfröhen herübergeschimmert hatte.

„Ich will noch allein ein wenig an den See hinab zu den — zu den Schwänen. Gehen Sie ins Haus. Sie können mich ja rufen, wenn das Abendessen fertig ist.“

Da sah der alte müde Mann am Seestrand, seinem Seestrand. Die Kränze hatte er angezogen, wie in seiner Jugend, als er das Gesichtsbuch im zweiten Hinterhofe las. Er blinzelte über den See. Aber er konnte nicht unterscheiden. Lag es an den Augen?

Wenn jetzt nur die — die — die — ei, was war es doch, was er hier erwarten wollte? Wie doch das Gedächtnis nachließ, wenn man von der Reise abgeradelt ist. Aber zum Donnerwetter, er mußte doch wissen, warum sie ihn, den alten fröselnden Mann, in dieser kalten Nacht an dieses feuchte Ufer herausgelockt hatten, anstatt daß sie ihn nach der langen Reise in seinem Bette schlafen ließen?

„Du dumme!“ ächzte er zwischen den gelben Zähnen. Und dann bemühte er sich immer wieder, verlorene Zusammenhänge anzuknüpfen. Es gelang ihm nicht. Aus der Ferne kam ein dünnes Rollen. „Das ist vom Güterbahnhof.“ dachte er, sich an dieses auftauchende Bild anklammernd. Es stand ihm mit der alten tausendmal erlebten Arbeitsklarheit vor der Seele. Er war wieder Speditionsgeselle. Mit einem Manne vom Frachtenkontor des Güterbahnhofs stritt er sich herum: „Dummes Zeug. Zement fällt unter Ausnahmetarif 3b, ich kenne die Tarife besser, als Ihre Herren Beamten...“

Von der erleuchteten Terrasse der Villa kam die Stimme des Mädchens: „Herr Kommissionsrat!“

Mathias hörte wohl ein Rufen in seine Sinniererei. Es störte ihn. Er machte es wieder wie damals im Hinterhof: Die beiden Zeigefinger in die Ohren. So, jetzt war wieder Ruhe... und wenn Sie etwa glauben sollten, daß ich nicht müßte, warum in diesem Falle nur der Spezialtarif Geltung hat, so täuschen Sie sich. Ich habe hier das Interesse meiner Firma, und nichts als dies wahrzunehmen, und ich muß Sie bitten...“

„Herr Kommissionsrat!“ rief das resolute Mädchen jetzt mit erhobener Stimme in den dunklen Garten hinab. Die Zeigefinger rutschten aus den Ohren. Das alte Gedächtnis sprang mit einem Satz zurück. Es war ihm wieder, wie im Hinterhof, über den vom dritten Stock Ritters mahnende Stimme scholl:

„Herr Kommissionsrat!“

„Ja, Rutter!“

„Herr Kommissionsrat — bitte, hören Sie — das Abendessen ist aufgetragen — die Zeitung habe ich auf Ihr Zimmer getragen — im Kamin brennt das Holz —“

Der Wind am Abend eines zerwerkelten Lebens zerriß die Läne und ließ sie anders zusammen: „Nun, heute hörst du wieder gar nicht — die Abendmilch ist noch nicht geholt — die Zeitung noch nicht ausgelesen — nicht einmal das Holz ist klein gemacht!“

„Ja, Rutter, ich will's schon klein machen.“ sagte da eine ruhige Stimme eines stolpernden Greises vom Terrassenrande her zu dem bestürzten Mädchen.

„Ich dachte, Herr Kommissionsrat.“ stotterte es, „ich — ich dachte — haben Sie — haben Sie die Schwäne noch sehen können Herr Kommissionsrat?“

„Die — die Schw — Schwäne?“
In dem milden Fensterlicht aus der Villa sieht das Mädchen zwei Augen erkaunt auf sich gerichtet. Zwei leere Greisenaugen, in denen das mühsam Ergattete eines langen Lebens in einem Augenblick ertrunken ist — rettungslos. Und nur oben auf schwamm ein Stück von einem Ausnahmetarif und einer Rutter Stimme.

Das Neueste aus Doorn:



Bartracht „Geknickte Friedenspalme“!

Das Rätsel des Geschlechts.

Von Dr. K. Banner, Leipzig.

Auf einem französischen Gutshofe lebte vor wenigen Jahren ein Huhn, das durch ein eigenartiges Schicksal nicht nur seine nächste Umgebung in Erstaunen setzte, sondern weit über die Landesgrenze hinaus in der wissenschaftlichen Welt bekannt wurde. Dieses Huhn veränderte sich nämlich von selbst innerhalb einer kurzen Zeit in einen Hahn! Im Juni 1920 schlüpfte es aus dem Ei, wuchs wie jedes andere Huhn heran und begann auch im Februar des nächsten Jahres Eier zu legen. Zur normalen Zeit erwachte im Sommer der Brutinstinkt, und das Huhn brütete zwei Küchlein aus, die es als tedelose Mutter betreute. Im folgenden Jahre legte es wieder Eier, aber nur ganz kurze Zeit; dann wurde es plötzlich steril. Im April ereignete sich nun etwas ganz Eigenartiges: das Huhn begann genau wie ein Hahn zu frähen, socht mit anderen Hähnen erbitterte Kämpfe aus und benahm sich auch sonst ganz wie ein männliches Tier! Außerlich machten sich allmählich gewisse Umwandlungen bemerkbar, die sich besonders auf den roten Kamm und die Kopfklappen bezogen. Diese für den Hahn charakteristischen Schmuckorgane wuchsen gewaltig heran, und schließlich zeigte der Kamm eine für Hähne typische Größe, wie P. Ruffier in seiner Untersuchung über dieses Tier berichtet. Das Geschlecht dagegen veränderte sich kaum. So blieb es bis zum Tode des „Hühnes“, der unter Krankheitserscheinungen im Winter desselben Jahres erfolgte. Die Untersuchung ergab nun, daß sich am Eierleiter eine große Krebsgeschwulst befand, die dem Körper viele Stoffe entzog und vor allem verhinderte, daß die Eier im Eierstock weiter heranwuchsen. Auf das Vorhandensein dieser Krebsgeschwulst sind zweifellos die eigentümlichen Veränderungen des Tieres zurückzuführen, die in diesem Falle nicht auf der Anwesenheit von männlichem Keimdrüsenorgane beruhen, wie es etwa bei den bekannten Steinachschen Experimenten an Säugetieren der Fall ist.

Experimentelle Untersuchungen an Hühnern haben in letzter Zeit ebenfalls zu recht bemerkenswerten Ergebnissen geführt, die das Problem des Geschlechts nur noch schwieriger gestalten haben. Die Arbeiten von Sawadowski, Benoit und Damm haben ergeben, daß im Vogeleiweiß männliche Anlagen verstreut vorhanden sind. Bei den Vögeln ist nämlich der rechte Eierstock nur schwach entwickelt und mit ganz wenigen Ausnahmen funktionslos. Wird nun aber der normalerweise inaktive linke Eierstock frühzeitig entfernt, so wächst der rechte Eierstock heran — aber nicht, um nun Eier hervorzubringen, sondern um sich in ein hohndähnliches Organ zu verwandeln. In einigen Fällen hat man in dem ehemaligen „Eierstock“ sogar Samenläden gefunden, so daß man an der „Vermännlichung“ des Vogeleiweißes nicht zweifeln kann!

Noch eigenartiger sind die Geschlechtsverhältnisse bei den Fröschen. Untersucht man beispielsweise in der Münchener Gegend junge Grasfrösche, die sich erst wenige Wochen zuvor aus Kaulquappen entwickelt haben, so wird man stets nur Weibchen feststellen. Jedes Jahr macht man die Beobachtung, daß sämtliche jungen Frösche in den tiefergelegenen Teilen Süddeutschlands und der Mittelmeerländer weiblichen Geschlechts sind! Ganz anders ist es in den Alpen oder in Norddeutschland. Unter den Jungfröschen von Davos oder Königsberg findet man stets zur Hälfte Männchen, zur Hälfte Weibchen. Die erwachsenen Frösche, die im vierten Sommer geschlechtsreif wurden, sind aber überall, auch in den Mittelmeerländern, zur Hälfte weiblichen Geschlechts. Die süddeutschen Grasfrösche, die anfangs alle weiblichen Geschlechts waren, müssen sich also zur Hälfte in Männchen umgewandelt haben! Das ist in der Tat der Fall, wie die Untersuchungen von Böttger, Wittich u. a. erwiesen haben. Nach der Ausbildung des Geschlechts kann man nämlich zwei Gruppen von Grasfröschen unterscheiden: die undifferenzierten und die differenzierten Rassen. Bei den undifferenzierten Rassen wird die Keimdrüse der Kaulquappe stets erst als Eierstock angelegt; alle Tiere sind also Weibchen, wenn sie sich zum Frosch verwandelt haben. Allmählich verschwindet aber bei 50 Proz. der Tiere das Eierstockgewebe und wird bis zur Geschlechtsreife durch Hodengewebe ersetzt — so entstehen die Männchen! Die Weibchen dieser undifferenzierten Rassen haben ebenfalls eine starke Neigung, sich nach der vollendeten

Geschlechtsreife in Männchen zu verwandeln. Dabei kommt es nicht selten zur Entstehung echter Zwitter, die zugleich Eier und Samenläden erzeugen und durch Selbstbefruchtung Nachkommenhaft erzeugen können! Bei den differenzierten Rassen dagegen sind die Geschlechter von Anfang schon bei den Kaulquappen getrennt. Bei uns kommen diese verschiedenen Rassen voneinander isoliert vor; in Amerika hat man indessen beim Dänsenfrosch, der hinsichtlich des Geschlechts ähnliche Verhältnisse wie unser Grasfrosch zeigt, undifferenzierte und differenzierte Rassen nebeneinander in demselben Tümpel gefunden, so daß keinesfalls äußere Faktoren die rätselhaften Geschlechtsverhältnisse bestimmen.

Schließlich müssen in diesem Zusammenhang noch die Kröten erwähnt werden, bei welchen es Harms und Bonke gelungen ist, echte Männchen in echte, eierlegende Weibchen zu verwandeln. Die Krötenmännchen besitzen nämlich neben dem Hoden ein eigenartiges Organ, das für gewöhnlich funktionslos ist. Dieses sogenannte Bibderische Organ läßt sich aber experimentell in Tätigkeit setzen, wenn den Tieren die Hoden entfernt werden. In diesem Falle funktioniert dann das gewaltig herangewachsene Organ als typischer Eierstock, der sogar entwicklungsfähige Eier hervorbringt. Wie eingehende Studien ergaben, entwickelte sich bei den männlichen Krötenlarven zuerst der vordere Abschnitt der Keimdrüsen zu einem Eierstock; erst später geht aus dem hinteren Abschnitt ein Hoden hervor, während zugleich der vordere Teil als funktionsloses „Bibderisches Organ“ bleibt. Die erwähnte experimentelle Umwandlung der Krötenmännchen in Weibchen ist übrigens bisher der einzige Fall, in dem eine wirkliche Geschlechtsumformung erfolgte! Denn durch die bekannten Versuche von Steinach wurden Säugetiermännchen nur äußerlich in Weibchen verwandelt; sie waren aber niemals imstande, selbst Nachkommen zu erzeugen, wie es bei den ehemaligen experimentell erzeugten Krötenmännchen der Fall ist!

Ein ehrbarer Rat und sein Schlächter.

Ein Stückchen Klassenkampf im Jahre 1599.

Kämpfe gab es, als das Handwerk Befreiung suchte von den zu eng gewordenen Fesseln des Junftzwanges, unter dem das Handwerk im Mittelalter stand. Welch grateske Form diese Auseinandersetzung manchmal annahm, dafür mag ein wahres Geschichtchen aus Potsdam — geschehen im Jahre 1599 — als heiteres Beispiel dem Dunkel der Bergeshöhe entrisen werden.

Der Hauptheld ist ein Schlächter, der einzige, den es damals in Potsdam gab. Prügel und große Aufregung und Beschwerden an die Landesherrin hat es gegeben, als der Streit losgebrochen war. Es muß ein jeder, vermögiger Bursche gewesen sein. Jemandem hatte er das Mißfallen des Stadtrates erregt, und dieser hatte ihm schließlich das Schlachten verboten und einen anderen Schlächter eingesetzt. Doch unser Fleischer nahm den Kampf auf und setzte sich auf seine Art zur Wehr. Zu welchen Ausritten es dabei kam, mögen einige Sätze aus der langen Beschwerde zeigen, die der Stadtrat schließlich an die Kurfürstin Katharina, die damalige Herrin der Stadt, sandte. Wir übertragen die Sätze zum leichteren Verständnis in das Deutsch unserer Tage: „Ein Teil unserer Bürgerchaft ist widerspenstig gemacht worden, besonders unser alter Schlächter Hans Schmidt, der in Potsdam niemals gutes ausgerichtet hat und dem Rat allen Widerwillen tut. Er schilt uns auf den Gassen Schelme und Diebe, so daß wir zur Zeit seines Schlachtens unsere Kinder und Mägde wegen seines garstigen Rauens nicht haben zum Markte schicken dürfen.“ Am Ende piff Hans Schmidt überhaupt auf das Schlächterverbot und verkaufte weiter Fleisch auf offenem Markte. Stolz rief er über den Platz: „Laßt sehen, was die Schelme machen wollen.“ Anscheinend ist die Randschaft dem Hans treugeblieben, und mit der Behauptung des Stadtrates, das Verbot sei erfolgt „wegen seines Unvermögens, die Stadt mit Fleisch zu versorgen“, scheint es nicht weit her gewesen zu sein. Als auch eine Wiederholung des Verbots nicht fruchtete, ließ der Rat dem Ungehorsamen das Fleisch wegnehmen. Der Erfolg dieses Eingriffs war köstlich, denn Schmidt stand am nächsten Morgen mit demselben Fleisch wieder auf dem Platze. Er hatte es während der Nacht aus dem Rathause wieder heimlich herausgeholt, und des Rates eigener Anstreiber hatte ihm offenbar dabei geholfen.

Nun ging die Sache an das Kammergericht. Es entschied, daß Meister Schmidt zwar weiter einige Kalber und Hammel schlachten könnte, daß er sie aber nicht mehr auf dem Markte feilhalten dürfte. Schmidt, durch den Erfolg seines bisherigen Widerstandes ermutigt, lehnte sich nicht an den Spruch dieses Gerichts. Der Rat entschloß sich, noch schwereres Geschick aufzuführen. Der Schlächter sollte verhaftet werden. Schmidt erhielt rechtzeitig Wind von der drohenden Gefahr — anscheinend hielt wieder sein heimlicher Helfer, der Amtsschreiber, seine Hand im Spiele —, er floh über die Stadtgrenze und setzte seiner Keckheit die Krone auf, indem er dort draußen zwei Stadträte überfiel und verprügelte. Noch einiger Zeit kehrte er wieder in die Stadt zurück, stand wieder mit seinem Fleisch auf dem Markte und erklärte, der Stadtrat habe kein Recht, einen Bürger in Haft zu nehmen.

Nun ging die oben erwähnte Beschwerde des Rates an die Kurfürstin ab, und wir erkennen jetzt auch, woher Schmidt die Kühnheit nahm, und warum der Rat so machtlos war. Gleichzeitig mit dem Schreiben des Rates ging nämlich nicht nur ein Verteidigungsschreiben für Schmidt vom Amtsschreiber ab, sondern auch noch eine Eingabe der Junfte der Stadt, die das Recht des Schlächters vertrat und die heftige Angriffe gegen den Rat enthielt. Nach dem letzteren Schreiben muß der Schlächter sich bei verschiedenen Gelegenheiten, besonders während einer Pestepidemie, geradezu für das Wohl der Bürger aufgeopfert haben.

Die Sache ist schließlich im Sonde verlaufen. Schmidt hat am Ende das Schimpfen und Wegelagern unterlassen, dafür hat ihn der Rat nicht mehr beim Verkauf seines Fleisches gestört.

So lustig das Geschichtchen heute klingt, so unwahrscheinlich mutet es an. Und doch ist es nur getreulich nach den aus jenen Tagen erhaltenen Akten, besonders nach den darin genannten Briefen und Beschwerden wiedererzählt.

Keine Vogelfedern nach England! Die englische Tierzuchtbewegung, die in manchem der deutschen (Helgoländer Vogelmord!) überlegen ist, hat einen neuen Erfolg errungen. Schon seit längerer Zeit besteht in Großbritannien und in seinen Kolonien ein mehr oder minder streng durchgeführtes Vogelschutzgesetz, das noch vor kurzem durch einen Zusatz ergänzt wurde, nach dem künstlich jegliche Einfuhr von Vogelfedern allgemein verboten wird. Es soll jeder bestraft werden, der Federn verkauft — gleichgültig, von welchem Vogel sie stammen. Nur zur Einfuhr von Federn für die Zwecke der Museen und wissenschaftlichen Untersuchungen sollen Erlaubnisscheine ausgeben werden. In der Liste der geschützten Vögel sind nur Häher, Eistern und Stare genannt. Zu bedauern ist es, daß dieses Gesetz nicht einige Jahrzehnte früher erlassen worden ist, wo sich die Damen noch allgemein mit den Federn der Vögel schmückten und nicht daran dachten, daß sie durch ihr mit einer höheren Kultur nicht zu veredelndes Modebedürfnis zu Wörtern wurden und eine ganze Vogelwelt nahezu zum Aussterben brachten. Hoffentlich wird auch das deutsche Volk bald aus seiner Gleichgültigkeit gegen Fragen des Tierzuges aufgeweckt und erläßt ähnliche Schutzgesetze! Oder sollen uns auch erst wieder andere Völker drohen, so wie englische Zeitungen vor kurzem verlangten, daß man Deutschland die Insel Helgoland wegnehmen müsse, weil dort die Vogelschutzgesetz nicht durchgeführt würden?

